

Berg 1938 Wetter

DIKTATUR,
BEHÖRDEN,
WISSENSCHAFT

GBA und ZAMG im Schatten
des Nationalsozialismus

Broschüre zur Ausstellung:

15.11.2018 bis 20.02.2019
Geologische Bundesanstalt,
Neulinggasse 38, 1030 Wien und
Zentralanstalt für Meteorologie und
Geodynamik,
Hohe Warte 38, 1190 Wien
(ab 30.11.2018)

Johannes Thaler
Gunnar Mertz
Christa Hammerl
Oliver Rathkolb

Abkündigung auf dem 1000er
Kopierzettel (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik)
Wien 13. November 1938

Abkündigung auf dem 1000er
Kopierzettel (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik)
Wien 13. November 1938



Die Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert ist mit dem Übergang von der Monarchie zur Republik und mit zwei Diktaturen durch mehrere Brüche gekennzeichnet. An den Beispielen der Geologischen Bundesanstalt und der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, zwei nachgeordneten Dienststellen meines Ressorts, zeigt die Ausstellung „BergWetter 1938“ das Verhältnis von Diktatur, Behörden und Wissenschaft. Sie verdeutlicht die radikale Unterordnung von Wissenschaft und Forschung unter die Zwecke von menschenverachtender Ideologie und Krieg. Zugleich werden aber auch die individuellen Handlungsspielräume von Personen augenscheinlich, die ihre Stellung dazu benutzten, politisch Verfolgte zu schützen.

Politischem Radikalismus vorzubeugen, verlangt von staatlichen Behörden die Bereitschaft zu Selbstreflexion und kritischer Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Im Erinnerungsjahr 2018 – Anschluss 1938, und Gründung der Republik 1918 – wollen

wir mit Ausstellung und Publikation „BergWetter 1938“ einen Impuls für institutionelle Selbstreflexion setzen. Mein Dank für ihr Engagement gilt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meines Ressorts und der beiden wissenschaftlichen Anstalten sowie des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Durch die Ergebnisse dieser Studie lernen wir unter anderem, wie wesentlich die individuelle Verantwortung einzelner Personen ist. Heute würden wir sagen, es geht um Menschlichkeit, Mut, Zivilcourage. Institutionen wiederum dürfen niemals aufhören, ihre (eigene) Geschichte zu reflektieren und Erinnerung zu pflegen. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Förderung verantwortungsvoller Wissenschaft und zur Stärkung der Demokratie in unserem Land.

Heinz Faßmann
*Bundesminister für Bildung,
Wissenschaft und Forschung*

Wien, Oktober 2018



„Lernen Sie Geschichte“, dieses Zitat von Bruno Kreisky aus dem Jahr 1981 ist legendär. 2017 wurde es zum Titel einer Sendereihe in Ö1; die Worte des damaligen Bundeskanzlers wurden zum Programm, zum Auftrag.

Eine Gesellschaft ohne Geschichtsbewusstsein ist gefährdet, ihre Orientierung an allgemein gültigen Werten zu verlieren, die das Zusammenleben der Menschen ermöglichen und garantieren.

Die Generation der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Irrwege, Kriege und Katastrophen persönlich erlebt hat, konnte ihr Erleben und ihre Erkenntnisse persönlich weitergeben. Die übernächste Generation kann nur durch Aufbereitung der schrecklichen Ereignisse, die durch menschliches Versagen verursacht wurden, zum Hinhören und Verstehen gebracht werden. Dies kann insbesondere durch Aufzeigen von Mechanismen der Macht verbunden mit dem totalitären Anspruch auf Wahrheit erreicht werden.

Die Geologische Bundesanstalt hat sich punktuell schon mit der Zeit des Nationalsozialismus befasst. 2016 erschien im GBA-eigenen Verlag die Publikation „Görings Geologen in der Ostmark“. Ein Team von Historikerinnen und Historikern hat nun eine Aufarbeitung der Zeit des politischen Umbruchs und des Krieges vorgenommen. Die vorliegende Studie, die auf Unterlagen aus dem Archiv der Geologischen Bundesanstalt beruht, aber auch andere verfügbare Quellen berücksichtigt, wurde aus Anlass des Gedenkjahres 2018 durchgeführt. Sie zeigt die Handlungsspielräume und die individuellen Positionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in staatlichen Institutionen in einer politisch brisanten Zeit.

Peter Seifert,
Direktor der Geologischen Bundesanstalt



Thomas Carlyles Konzept, dass „große historische Figuren Geschichte schreiben“ findet sehr rasch seine Grenzen am Boden der Realität, wenn man die Ausstellung „Berg-Wetter 1938“ genauer betrachtet. Persönlichkeiten, wie sie in dieser Ausstellung sehr aufschlussreich sichtbar werden, gestalten ihre Umgebung stark durch ihre moralischen Konzepte, Werte und Handlungen: Karrierismus, Charakterstärke, Zivilcourage, Nutzung der knappen Handlungsmöglichkeiten – all dies zeigt, wie sehr das Leben in einer Gemeinschaft wie den beiden Institutionen Geologische Bundesanstalt und Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik durch das Verhalten jedes Einzelnen in diesen Institutionen bestimmt wurde. Es gab starken Druck von außen, aber auch Menschen, die sich schützend vor andere Mitarbeiter stellten. Geschichte ist immer auch die Geschichte Einzelner und wird durch die Beschreibung der einzelnen Schicksale in ganz anderer Art deutlich, als dies bloße Zahlen oder historische Bruchlinien zeigen könnten.

Gleichzeitig wird bei der Betrachtung der größeren Rahmenbedingungen in diesem sehr kurzen Zeitraum von nur 7 Jahren deutlich, wie rasch rechtsstaatliche Grundlagen, Moralvorstellungen, Existenzgrundlagen und vor allem die zunächst selbstverständliche Kategorie Menschenwürde ausgehöhlt und schließlich über Bord geworfen wurde. Dies aus Sicht einzelner Betroffener zu betrachten und nachzuvollziehen, gibt nicht zuletzt für die heutige Zeit zu denken.

Michael Staudinger,
*Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie
und Geodynamik*

WOZU

eine politische Geschichte der Wissenschaft?

Die Ausstellung geht der Frage nach, wie Wissenschaft in Diktaturen praktiziert wird. Die Geologische Bundesanstalt (GBA) und die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) sind staatliche Forschungseinrichtungen und Dienste, die auf fast 170 Jahre Geschichte zurückblicken. Gegründet im Zuge der Reformen nach dem Revolutionsjahr 1848 (k.k. Geologische Reichsanstalt gegr. 1849, k.k. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus gegr. 1851) erreichten die beiden Institutionen internationales Renommee.

Die Untersuchung ist ein Beitrag zum Jubiläumsjahr 2018 und setzt sich mit dem Problemkreis „Behördengeschichte – Wissenschaftsgeschichte – Diktaturforschung“ auseinander.

Konkret werden die bereits in der Monarchie in einer gemeinsamen Abteilung (heute BMBWF Abt. V/4) verwalteten staatlichen Forschungseinrichtungen GBA und ZAMG hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit untersucht. Vor der Ausgliederung der Wissenschaftsagenden in ein eigenes Ministerium

Berg Wetter

1938

im Jahr 1970 unterstanden sie dem Bundesministerium für Unterricht. Neben der Frage nach der Instrumentalisierung von Wissenschaft für Krieg und Diktatur (etwa in der kriegsorientierten Ausbeutung der Bodenschätze oder in der Instrumentalisierung des Wetterdienstes für die Luftwaffe) werden die politischen Vorgänge innerhalb der Forschungseinrichtungen beleuchtet.

Hierbei soll den Fragen nachgegangen werden:

- Welchen Handlungsspielraum hatten leitende Beamte und Direktoren?
- Welche politischen Grabenkämpfe gab es innerhalb der Anstalten?
- Welche politischen Typologien lassen sich auf Seiten der Mitarbeiter/innen ausmachen?
- Was kann die heutige moderne Verwaltung aus den historischen Vorgängen lernen?

Es war ein Charakteristikum des nationalsozialistischen Regimes, sowie faschistischer Regime im Allgemeinen, zuvorderst die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu gebrauchen. Innenpolitisch bedeutete das eine von Gewalt geprägte Auseinandersetzung und, soweit möglich, Unterdrückung des politischen Gegners. Außenpolitisch führte dies stets zu territorialem Expansionsbestrebungen und Krieg. Diesem innen- und außenpolitischen Politikstil der Gewalt, also der gewaltsamen Umsetzung der eigenen Ideen, wurden alle anderen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereiche untergeordnet: Alles hatte den Zwecken des nationalsozialistisch-faschistischen Staates zu dienen. Hinsichtlich der Wissenschaft bedeutete dies eine klare Unterordnung der Forschung und der wissenschaftlichen Tätigkeit unter die Zwecke des Krieges.

1848
1849
1851
1918
1919
1920
1921
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1970

INHALT

KONTINUITÄT DER STAATLICHEN VERWALTUNG VON GBA UND ZAMG	10
„...DIE ERGEBNISSE FESTZUHALTEN UND DER ALLGEMEINHEIT ZUGÄNGLICH ZU MACHEN...“	12
- Der Arbeitsauftrag an die „k. k. Geologische Reichsanstalt“ ab 1849	
„... VON DEM GROSSEN EINFLUSSE AUF DIE WICHTIGSTEN GESCHÄFTE UND VERHÄLTNISSE DES MENSCHLICHEN LEBENS ...“	15
- Der Arbeitsauftrag an die „k. k. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus“ ab 1851	
HERMANN GOERINGS GRIFF NACH ROHSTOFFEN UND NS-KOLLABORATION IN ÖSTERREICH	19
„I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“	
INGEGLIEDERT FÜR DIE KRIEGSWIRTSCHAFT	24
- Die GBA im Nationalsozialismus	
HANDLUNGSSPIELRÄUME IM NS-REGIME	28
- Heinrich Beck und Franz Lotze an der Spitze der Zweigstelle Wien	
GEOLOGISCHE ARBEIT STATT „SCHUTTSCHAUFELN“ NACH 1945	31
- NS-Angehörige in der GBA	

VICTOR CONRAD

- Ein beachtenswertes Forscherleben zwischen Diskriminierung, Vertreibung und Großmut

34

DEGRADIERT UND INSTRUMENTALISIERT

- Die ZAMG im Nationalsozialismus

38

HANDLUNGSSPIELRÄUME IN DIKTATUREN

- Heinrich Ficker

42

„MEINE ARISCHE ABSTAMMUNG UND DIE MEINER FRAU KANN ICH JEDERZEIT NACHWEISEN“

- Parteiopportunismus bei Mitarbeitern der ZAMG

45

ENTNAZIFIZIERUNG UND WIEDERAUFNAHME DER UNABHÄNGIGEN FORSCHUNGSTRADITION

- Die GBA nach dem Krieg

48

„WETTERBERICHT KEIN GEHEIMNIS MEHR“

- Die ZAMG in der Nachkriegszeit

53

LERNEN AUS DER GESCHICHTE?

58

1848
1849
1851
1918
1919
1920
1921
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1970

KONTINUITÄT

der staatlichen Verwaltung von GBA und ZAMG

Die Amtskalender verdeutlichen die Kontinuität der staatlichen Verwaltung der beiden Forschungseinrichtungen und Dienste. In Zeiten der Monarchie, der Ersten und der Zweiten Republik wurden GBA und ZAMG stets in der gleichen Abteilung des Unterrichts- bzw. Wissenschaftsministeriums betreut (früher k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht, später Bundesministerium für Unterricht, ab 1970 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und heute Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). Die NS-Zeit stellte durch die Eingliederung unter die Berliner Behörden verwaltungstechnisch einen Bruch dar.

WIEN 1947
DRUCK UND VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN

Bundesministerium für Unterricht
Wien (1., Mähringerg. 2. — T. 472212, Tele. 472214)

Paubereinsteller

Straße 2

K. K. Ministerium für Cultus und Unterricht

Minister

Madeyski - Poray, J. (H. H. B. 3042 der jetzt. Österr. Rep.)

Österreichischer
Amtskalender
2017/2018

Österreichischer Amtskalender 85. J.

Österreichischer Amtskalender

Geologische Bundesanstalt

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

ÖSTERREICHISCHE
BEHÖRDEN

NACH DEM STANDE
VOM APRIL 1947

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

Geologische Bundesanstalt

„... DIE ERGEBNISSE FESTZUHALTEN UND DER ALLGEMEINHEIT ZUGÄNGLICH ZU MACHEN ...“

1849, 1851,
1921.

- Der Arbeitsauftrag an die „k.k. Geologische Reichsanstalt“ ab 1849



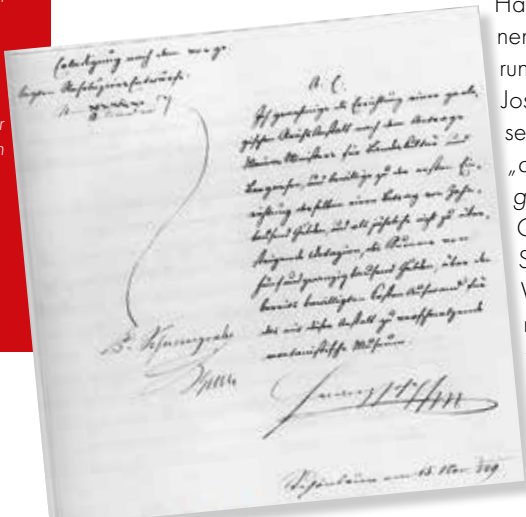
Bei der Gründung der heutigen GBA wie auch der heutigen ZAMG sind ähnliche Dynamiken auszumachen. Beide Forschungseinrichtungen entstanden in der für den Liberalismus opportunen Zeit der Umbrüche von 1848/49 und danach. An der Modernisierung des Staates, der Verwaltung und der Wissenschaft interessierte hohe Beamte und einzelne (zum großen Teil aus dem Adel stammende) Forscherpersönlichkeiten nutzten die Bereitschaft des damals jungen Monarchen Franz Joseph I., um nachhaltige wissenschaftliche Forschungseinrichtungen zu gründen.

Bei der Gründung der „k. k. geologischen Reichsanstalt“ kamen dem Mineralogen Wilhelm Karl Ritter von Haidinger (1795–1871, Direktor 1849–1866) und dem 1848 zum Minister für Landeskultur und Bergwesen ernannten Ferdinand Freiherr von Thinnfeld Schlüsselrollen zu. Thinnfeld galt im Bereich der Landwirtschaft und des Montanwesens als sehr bewandert und erstrebte die Errichtung einer staatlichen geologischen Anstalt, wie sie zur damaligen Zeit bereits in Frankreich und in England bestanden. Haidinger leitete seit 1840 die k. k. Mineraliensammlung, die auch als Ausbildungsstätte für Bergleute unter der Bezeichnung „k. k. montanistisches Museum“ bekannt war. Es war Minister Thinnfeld, der

Haidinger in einer politisch opportunen Zeit unmittelbar nach dem Regierungsantritt des jungen Kaiser Franz Joseph I. dazu aufforderte, ein umfassendes Konzept auszuarbeiten, wie „die geognostischen Verhältnisse des ganzen Reiches fortwährend auf das Genaueste zu durchforschen“ seien. Staatlicherseits wurde hier durchaus Weitsicht bewiesen. Thinnfeld argumentierte hinsichtlich der Erschließung und Benützung der Bodenschätze, dass die unorganische Natur „nicht reproductiv“ sei, und

Wilhelm Haidinger,
Mitbegründer und
erster Direktor der
Geologischen
Reichsanstalt
(GBA)

Gründung der
Geologischen
Reichsanstalt
durch Franz
Joseph I.
(Österreichisches
Staatsarchiv)



1918, 1919, 1920,
1922, 1923

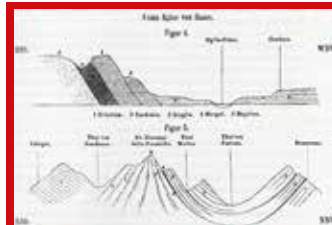
„so gebietet es die Vorsicht und Vorsorge für ihre möglichst dauernde Benützung, dass sie die Staatsverwaltung ihrer besonderen Aufmerksamkeit unterziehe.“ Die kaiserliche Genehmigung einer geologischen Reichsanstalt erfolgte schließlich am 15. November 1849.

Allgemeine Aufgabe der neu gegründeten Anstalt war es „das Kaiserreich geologisch zu durchforschen, [...] die Ergebnisse festzuhalten und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.“ In einem weiteren Schreiben an den nunmehr zum Direktor ernannten Wilhelm Haidinger erteilte Minister Thinnfeld detaillierte Aufgaben zur geologisch-wissenschaftlichen Arbeit der neuen Anstalt. Darüber hinaus hielt er fest: „Alle gesammelten Wahrnehmungen und wissenschaftlichen Forschungen sind in ausführlichen Abhandlungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen“.

Staatlicherseits war also zum einen eine starke Tendenz hin zur Institutionalisierung und Professionalisierung der Wissenschaft vorhanden. Außerdem war auch das Bestreben deutlich, wissenschaftliche Erkenntnisse und wissenschaftlichen Fortschritt der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Die Geologische Reichsanstalt konnte sich in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens bis zum Ende der Habsburgermonarchie international einen bedeutsamen wissenschaftlichen Ruf erarbeiten und trieb insbesondere die Erstellung von geologischen Karten des gesamten Reiches effektiv voran. Dennoch war sie bereits sehr früh Angriffen ausge-

setzt: in der Frühzeit ihres Bestehens von Seiten akademischer Kreise, insbesondere der Akademie der Wissenschaften, die die



Erläuterungen zu einer geologischen Übersichtskarte von Franz Hauer 1858 (GBA)



Darstellung zu Braunkohlevorkommen im Jahresbericht der Geologischen Reichsanstalt 1866 (GBA)

selbständige Tätigkeit der Geologen mit Misstrauen beobachtete.

Einige Jahrzehnte später, um 1900, trat außerdem ein Konfliktfeld hervor, das auch in der Zeit der NS-Diktatur an Vehemenz gewinnen sollte: der wirtschaftliche Nutzen der Geologie. In einer Zeit verstärkter Industrialisierung stand die Reichsanstalt unter Emil Tietze (1845–1931, Direktor 1902–1919) dem Vorwurf gegenüber, rein wissenschaftlich tätig zu sein und zu wenig für die angewandte Geologie und den Bergbau zu tun. Die Beschwerden, die insbesondere aus dem privatwirtschaftlichen Bereich kamen, führten zu politischen Debatten im Reichs-



*Emil Tietze,
Direktor während des Umbruchs 1918 (GBA)*

rat (1902 bezüglich Erzvorkommen in Dalmatien, 1905 während der Errichtung der Alpenbahnen und später 1911 betreffend Kohlebergwerken in Galizien). Der Konflikt löste sich schließlich damit auf, dass seitens des Reichsrats der Vorrang des wissenschaftlichen Charakters der Geologischen Reichsanstalt bestätigt wurde. Erst in zweiter Linie sollte sie in ihrer Tätigkeit nach Möglichkeit auch praktischen bergbaulichen Ansprüchen entgegenkommen.

Das Jahr 1918 bedeutete einen vehementen Einschnitt auch für staatliche wissenschaftliche Einrichtungen wie der k. k. Geologischen Reichsanstalt. Dies aus verschiedenen Gründen: Zum einen rekrutierte sich das wissenschaftliche Personal aus dem Gebiet der gesamten Monarchie. Angestellte, die nach 1918 etwa für die ungarische, polnische oder tschechoslowakische Staatszugehörigkeit optierten, verloren ihre Beschäftigung. Direktor Tietze suchte im Zuge der politischen Umwälzungen am 31. Jänner 1918 um Versetzung in den Ruhestand an. Mit den politischen Umbrüchen wandelte sich das geografische Betätigungsfeld. Bis zum

Zusammenbruch der Monarchie hatten die in der Reichsanstalt beschäftigten Geologen entlegene und auch verkehrstechnisch schwer zugängliche Gebiete der k. u. k. Monarchie bereist. Nach 1918 beschränkten sich Untersuchungen auf das wesentlich kleinere Gebiet der jungen Republik.

Der politische Umbruch brachte auch eine entsprechende Schrumpfung staatlicher Einrichtungen. Für die GBA bedeutete dies unmittelbar eine Verkleinerung des Personalstandes von 19 Geologen im Jahr 1914 auf 13 Ende 1919 und später auf 7 im Jahr 1929. Der allgemeine Arbeitsauftrag blieb jedoch gleich, bzw. wurde durch staatliche Förderprogramme sogar ausgeweitet. Wesentlich waren hierbei etwa geologische Expertisen zu den geplanten Tauernkraftwerken, wie auch das Mitwirken an Projekten im Ausland zu Rohstofferschließung und Kraftwerksbau (etwa im Gebiet des heutigen Kroatien, in der Tschechoslowakei und in Rumänien).

Die Amtszeit des ersten in der Zeit der Republik eingesetzten Direktors Georg Geyer (1857–1936, Direktor 1919–1923) endete bereits im Jahr 1923. Neuer Direktor, der die Bundesanstalt über das Ende der Ersten Republik hinaus bis in die Zeit des autoritären Dollfuß/Schuschnigg-Regimes leitete war Wilhelm Hammer (1875–1942, Direktor 1924–1935).

1851, 1854, 1865,
1866, 1873,
1918, 1919, 1922

Berg **1938**
Wetter

„... VON DEM GROßEN EINFLUSSE AUF DIE WICHTIGSTEN GESCHÄFTE UND VERHÄLTNISSE DES MENSCHLICHEN LEBENS ...“

- Der Arbeitsauftrag an die „k. k. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus“ ab 1851



Karl Kreil,
Mitbegründer und erster
Direktor 1851-1862
(ZAMG)

Die „k. k. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus“, die heutige ZAMG, wurde 1851 auf Anregung der „kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien“ (seit 14. Mai 1847) gegründet. Sie kann somit als Teil einer allgemeinen Tendenz zur Aufwertung der institutionalisierten Wissenschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Der Vizepräsident der Akademie, Andreas Freiherr von Baumgartner, damals auch Minister

für öffentliche Arbeiten und das Bergwesen, regte die Errichtung eines landesweiten meteorologischen Beobachtungssystems entlang des Eisenbahnnetzes an. Karl Kreil (1798–1862, Direktor 1851–1862), wirkliches Mitglied der Akademie und Direktor der „k. k. Sternwarte zu Prag“, wurde damit beauftragt, die Errichtung eines derartigen Systems umzusetzen. Eingerichtet wurden Messstationen an geografisch wichtigen Bahnhöfen. Außerdem wurden über das gesamte Gebiet der Monarchie Freiwillige gewonnen, die meteorologische Messungen durchführten. Kreil betonte von Anfang an die Wichtigkeit einer „Centralstation in Wien“. Kreils Vorschlag für die anzustellenden regelmäßigen Beobachtungen in einer derartigen Zentrale zeugen insofern von Weitblick, als fast alle davon auch heute noch durchgeführt werden. Der Minister für Cultus und Unterricht Leo Graf



Die anfängliche Unterkunft der heutigen ZAMG in der Favoritenstraße in Wien (ZAMG)

von Thun-Hohenstein befürwortete den entsprechenden Antrag der Akademie der Wissenschaften 1851: *„Die Ansichten der Akademie über die Wichtigkeit eines geregelten und über die ganze Monarchie ausgebreiteten Systems von meteorologischen und magnetischen Beobachtungen theile ich vollkommen“*. Er argumentierte, dass die Wetterverhältnisse schließlich einen wichtigen Einfluss *„auf die wichtigsten Geschäfte und Verhältnisse des menschlichen Lebens ausüben“*.

Zu beachten ist in diesem ministeriellen Entwurf zum einen das klare Bekenntnis zur Förderung einer Wissenschaft, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll (*„die wichtigsten Geschäfte und Verhältnisse des menschlichen Lebens“*). Zum anderen wird hier trotz der geplanten staatlichen Unterstützung vordergründig auf weitergehende staatliche Einflussnahmen verzichtet. Diese Haltung unterscheidet sich sowohl von der Skepsis gegenüber der Wissenschaft in vorangehenden Epochen absolutistischer Herrschaft, als auch von der massiven staatlichen Einflussnahme auf die Wissenschaft in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, insbesondere im Nationalsozialismus.

Franz Joseph I. bewilligte die Gründung der *„Central-Anstalt“* am 23. Juli 1851.

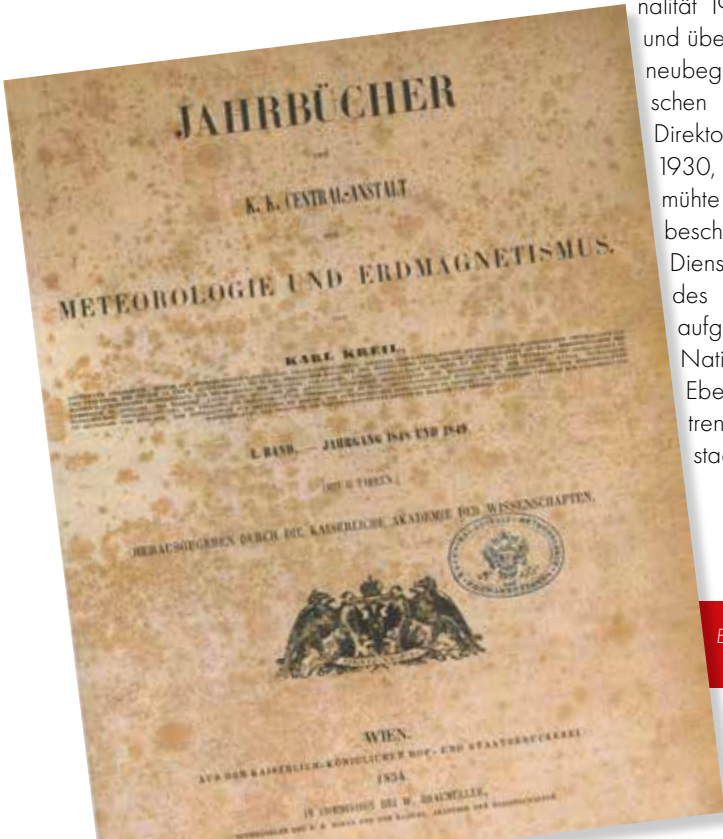
Ähnlich wie die heutige GBA erlangte die ZAMG in den ersten sechs Jahrzehnten ihres Bestehens internationales Renommee. 1865 wurde die erste Wetterkarte der gesamten k. u. k. Monarchie herausgegeben. Mit der Gründung einer *„Österreichischen Gesellschaft für Meteorologie“* im Jahr 1865 begann 1866 auch die Herausgabe einer periodischen Meteorologischen Zeitschrift, die, nach einer kriegsbedingten Unterbrechung ab 1944, erst wieder 1992 in Kooperation mit der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft und der Schweizerischen Gesellschaft für Meteorologie herausgegeben wird. Im Jahr 1873 wurde der *„Erste internationale Meteorologen-Congress“* in Wien abgehalten. Beschlüsse während des Kongresses waren die Basis für eine weltweite internationale Zusammenarbeit der meteorologischen Dienste, die IMO – Internationale Meteorologische Organisation –, Vorläuferin der WMO war gegründet.

Unter Julius Hann (1839–1921, Direktor 1877–1897) erfolgte ein starker landesweiter Ausbau des meteorologischen Stationsnetzes und die Errichtung bestens ausgestatteter Gipfelstationen zur Erforschung der Vorgänge in der Atmosphäre. Besonders hervorzuheben ist das unter Hann auf einer Höhe von 3106m im Jahr 1886 errichtete Sonnblick-Observatorium. Die bis heute höchste Gipfelwetterwarte Europas blickt heute auf 132 Jahre ununterbrochener Be-

obachtungsreihen zurück. Eine Erweiterung der Aufgaben ergab sich durch die Übernahme des Erdbebendienstes von der Akademie der Wissenschaften im Jahr 1904. Erster Leiter wurde der später international anerkannte Seismologe Victor Conrad (1876–1962). Dies zog die Umbenennung in den noch heute gebräuchlichen Namen „Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik“ nach sich.

Während etwa die ZAMG bis 1918 ihr meteorologisches Beobachtungsnetz über das Gebiet der österreichischen (zisleitha-

nischen) Reichshälfte ausdehnen konnte, wurde sie danach in ihren Forschungen auf das wesentlich kleinere Gebiet der neuen Republik beschränkt. Während kriegsbedingt 1914–1918 bereits eine Reihe von Wetterstationen ihren Betrieb einstellten, so bedeutete die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie für die ZAMG den Verlust weiterer 189 Stationen an die Nachfolgestaaten. Auch in personeller Hinsicht waren starke Einschnitte hinzunehmen. Der ehemalige Leiter des seismischen Dienstes Rudolf Schneider, Conrads Nachfolger, wurde aufgrund seiner Nationalität 1918 des Dienstes enthoben und übernahm 1919 die Leitung der neubegründeten Tschechoslowakischen Meteorologischen Anstalt. Direktor Felix Maria Exner (1876–1930, Direktor 1916–1930) bemühte sich, den im Wetterdienst beschäftigten Wenzel Janda im Dienst zu halten, was aber seitens des Staatsamtes für Unterricht aufgrund seiner tschechischen Nationalität abgelehnt wurde. Ebenso galt es nun, eine Gütertrennung unter den Nachfolgestaaten vorzunehmen.



Erstes Jahrbuch der ZAMG, 1854 (ZAMG)



Von Heinrich Ferstel errichtetes und 1872 bezogenes Gebäude der ZAMG auf der Hohen Warte in Wien (ZAMG)

Dies betraf insbesondere Archivmaterial und Messgeräte.

Die Jahre der Zwischenkriegszeit brachten trotz der wirtschaftlichen Not eine gewisse Stabilisierung und teilweise sogar Ausbau der wissenschaftlichen Arbeit und den Ankauf modernerer Arbeitsgeräte an der ZAMG mit sich. Ein Höhepunkt jener Zeit war außerdem eine beachtenswerte internationale Tagung, die im Jahr 1922 auf dem Sonnblick-Observatorium abgehalten wurde. Die Wetterprognosen der ZAMG erlangten eine stärkere Bedeutung durch den in den 1920ern stark anwachsenden Tourismus, der für die junge Republik große wirtschaftliche Bedeutung hatte. Zunehmend waren Wetterprognosen auch für den wachsenden Flugverkehr gefragt.

Im Gegensatz zur Gepflogenheit anderer Länder wurde in Österreich der Flugwetterdienst nicht in den bestehenden staatlichen Wetterdienst der ZAMG eingegliedert, sondern als eigenständige Einrichtung dem Bundesministerium für Handel und Verkehr unterstellt.

1851, 1854, 1865,
1866, 1873,
1918, 1919, 1922

„HERMANN GOERINGS GRIFF NACH ROHSTOFFEN UND NS-KOLLABORATION IN ÖSTERREICH“

- I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.
- II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

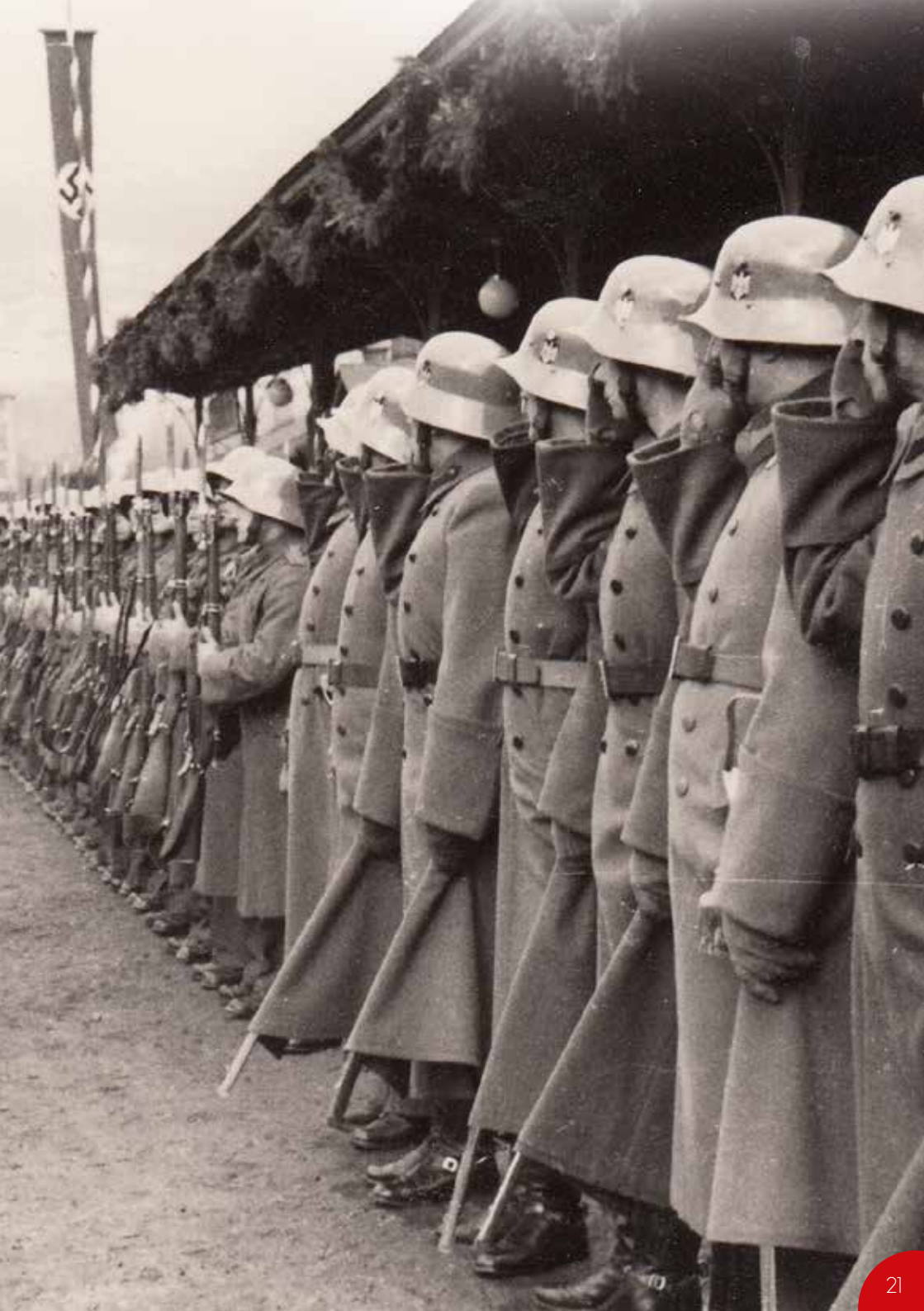
Diese beiden Aufgaben für die Zukunft hielt Adolf Hitler im August 1936 in einer geheimen Denkschrift zum Vierjahresplan fest, der 1933 und 1936 propagandistisch intendiert vom NS-Regime ausgerufen wurde. Im Deutschen Reich sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden, die eine vorübergehende Entlastung bringen, aber in der Zukunft eine endgültige Lösung ermöglichen würden. Die „*endgültige Lösung*“ sah Hitler in einer gewaltsamen Erweiterung des deutschen Lebens- und Wirtschaftsraumes. Einer der Kernpunkte des Vierjahresplanes war daher die Erweiterung der Rohstoffbasis. Hitler bestellte Hermann Göring zur obersten koordinierenden Instanz in allen Rohstoff- und Devisenfragen. Nach der Einrichtung einer eigenen Behörde wurde Göring im Oktober 1936 offiziell mit der Durchführung des Vierjahresplanes betraut. Zum Erreichen der kriegswirtschaftlichen

Ziele sollte die geologische Forschung vereinnahmt und instrumentalisiert werden. Göring, der durch die Verquickung seiner militärischen, außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Zuständigkeiten eine einzigartige Stellung im NS-Staat einnahm, machte Wilhelm Keppler zu seinem Berater für die Erforschung des deutschen Bodens.

Mit Blick auf die österreichischen Rohstoffe bestimmte der Vierjahresplan ab Frühsommer 1936 auch zunehmend die deutsche Außenpolitik. In einer Sitzung des Arbeitskreises der eisenschaffenden Industrie im März 1937 erklärte Göring, dass sich die Versorgungssituation eines von der Welt abgeschlossenen Deutschlands durch Österreich erheblich verbessern ließe. Spekuliert wurde mit den Lagerstätten für Eisen, Magnesit, Antimon und Erdöl. Göring gilt als einer der wesentlichen Initiatoren des



Unmittelbar nach dem „Anschluss“ trat Göring eine Reise zu Erzlagerstätten in Kärnten und Steiermark an (MuseumsCenter Leoben/Stadtarchiv)



„Anschlusses“. Nach dem gescheiterten Putschversuch 1934 sollte die nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich auf evolutionärem Weg, also durch die Unterwanderung Österreichs erfolgen. Dazu wurde neben staatlichen und privaten Institutionen die österreichische Wirtschaft infiltriert und unterwandert. Mit Staatskapital zusätzlich aufgerüstete deutsche Unternehmen kauften finanzschwache österreichische Unternehmen oder stiegen in Beteiligungen ein, um dann die Aktienmajoritäten zu erlangen. Eine Schlüsselfigur war dabei Wilhelm Keppler.

Kenntnisstand Geologen der Bundesanstalt nicht in illegale Aktivitäten für die ab 1933 in Österreich verbotene NSDAP involviert. Ein wesentlicher österreichischer Beitrag für den Vierjahresplan des NS-Regimes wurde in Leoben geleistet.

Illegale Lagerstättenforschungsstelle in Leoben

Die Montanistische Hochschule Leoben und die Technische Hochschule Graz waren von 1935 bis 1937 zusammengelegt, was



„Karte der wichtigsten Erzlagerstätten Deutschösterreichs“ der Lagerstättenforschungsstelle Leoben, 12. März 1938 (GBA)

Der Griff nach den österreichischen Rohstoffen wurde jedoch auch von österreichischer Seite unterstützt. So stand der österreichische Geologe Artur Winkler-Hermaden (1890–1963) in deutschen Diensten. Er wurde wegen der Beteiligung am nationalsozialistischen Putschversuch 1934 von der Bundesanstalt entlassen. Durch den Salzburger Nationalsozialisten Erich Saffert (1896–1976) wurde bei einem Vortrag für Keppler über verschiedene Erzvorkommen im Land Salzburg Wissen in das nationalsozialistische Deutschland transferiert. Außer Winkler-Hermaden waren nach bisherigem

eine letztlich wenig wirksame Kontrollmaßnahme zur Überwachung der nationalsozialistischen Umtriebe in diesen Institutionen sein sollte. Im Juli 1937 sprach Wilhelm Petrascheck (1876–1967), Leobener Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre, in Berlin bei Keppler vor und berichtete über österreichische Lagerstätten. Auf Antrag seines ebenso an der Hochschule tätigen Sohnes Walter Walther Emil Petrascheck (1906–1991), einem illegalen Nationalsozialisten und späteren Preisträger der Haidinger-Medaille der GBA, stellte die Deutsche Forschungsgemeinschaft im

Winter 1937/38 Mittel für die Lagerstättenforschung bereit.

Dem Historiker Peter Danner zufolge, begannen in Graz und Leoben schon 1936 einige Professoren, Assistenten und Absolventen mit geheimen Vorarbeiten für eine systematische Erforschung der österreichischen Lagerstätten im Hinblick auf die Bedürfnisse des deutschen Vierjahresplanes. Armin Dadiou (1901–1978) war persönlich von Hermann Göring beauftragt worden, eine vom Deutschen Reich finanzierte Forschungsstelle im Rahmen des Vierjahresplanes in Österreich zu schaffen. Dezidiertes Ziel dieser Forschungsstelle war eine systematische rohstoffwirtschaftliche Bestandsaufnahme der Erzreserven in Österreich.

Mit den der Hochschule zur Verfügung stehenden umfangreichen Aufzeichnungen und Karteien sowie den persönlichen Verbindungen zum Bergbau konnten in knapp einem halben Jahr die nötigen Vorarbeiten geleistet werden. Diese bestanden daraus, das vorhandene Material und die Literatur, ergänzt durch persönliche Berichte zu

sammeln und karteimäßig zu ordnen. Laut Dadiou wären die Vorbereitungsarbeiten so rasch durchgeführt worden, dass 1937 noch vor dem „Anschluss“ mit praktischen Schurfarbeiten begonnen werden konnte.

Die Forschungsstelle war in eine Abteilung „Lagerstättenforschung“ und in eine Abteilung „Aufbereitung und Verhüttung, analytische Arbeiten“ untergliedert. Sie hatte 1938 einen Personalstand von neun hauptamtlichen, sieben ehrenamtlichen und acht auswärtigen Mitarbeitern. Bei 20 der 24 Männer ist eine NS-Angehörigkeit bekannt (83%). Die Mehrzahl gehörte schon vor 1938 der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen an. Mit dem „Anschluss“ am 12. März 1938 legte die Forschungsstelle den Stand ihrer bisherigen Arbeit in der „Karte der wichtigsten Erzlagerstätten Deutschösterreichs“ vor. Nach der Gleichschaltung der GBA in der NS-Zeit wurde die Forschungsstelle Leoben in die Wiener Anstalt eingegliedert.

Armin Dadiou



Geboren 1901 in Marburg/Maribor, 1932–1940 Ao. Prof. für anorganische und physikalische Chemie an der Technischen Hochschule Graz, 1940–1945 o. Prof. für theoretische und physikalische Chemie an der Universität Graz, 1932 Mitglied der NSDAP, 1936 Mitglied der SS, Sprengstoffherstellung am Universitätsinstitut für die illegale NSDAP, 1937–1938 Leiter des Volkspolitischen Referats der Vaterländischen Front in der Steiermark, 1938–1940 Landesstatthalter von Steiermark, 1940–1945 Gauhauptmann von Steiermark, 1938–1941 Gauwirtschaftsberater der NSDAP, 8. Mai 1945 Übergabe der Regierungsgeschäfte, 1946 als Kriegsverbrecher gesucht, 1948 Flucht nach Südamerika, danach Professor für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart, verstorben 1978 in Graz.

EINGEGLIEDERT FÜR DIE 1937, 1938, KRIEGSWIRTSCHAFT 1942,

- Die GBA im Nationalsozialismus

Bereits wenige Tage nach dem „Anschluss“ am 12. März 1938 kam es zwischen dem noch amtierenden österreichischen Wirtschaftsminister Hans Fischböck und dem Wirtschaftsbeauftragten Hitlers Wilhelm Keppler zu einer Grundsatzbesprechung über die neuen Aufgaben der Geologischen Bundesanstalt. Sie sollte die zentrale Stelle der ostmärkischen „Bodenforschung“ werden. Direktor Gustav Götzinger wurde zum Rücktritt gezwungen und zum Chefgeologen degradiert. Die kommissarische Leitung der Anstalt übernahm Heinrich Beck. Mit dem Eintreffen der Beauftragten der Berliner Reichsstelle für Bodenforschung Bernhard Brockamp (1902–1968) und Erich Haberfelner (1902–1962) sowie dem Erdölexperten Erwin Veith (1909–?) wurde die massive Umorganisation der Anstalt fortgesetzt. Sie verlor den autonomen Anstaltsstatus und wurde erst zur Geologischen Landesstelle Wien, dann zur Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung unbenannt. Die Zentrale der Reichsstelle für Bodenforschung in Berlin hatte die Aufsicht und Kontrolle über die Zweigstelle Wien und einen bestimmenden Einfluss. Die Degradierung der Geologischen Bundesanstalt kommentierte der spätere Leiter Heinrich Beck folgendermaßen:

„Die Wiener Anstalt, das älteste geologische Staatsinstitut auf dem Kontinent, sollte entgegen aller Wirklichkeit als belanglos gegenüber dem viel jüngeren und an wissenschaftlicher Bedeutung bei Weitem nicht gleichwertigen Berliner Institut zurückgedrängt werden.“

Am 20. Mai 1938 trat mit der Bergrechtsverordnung für das Land Österreich das deutsche Lagerstättengesetz in Kraft, wodurch das Schurfwesen in Österreich eine Ausdehnung erfuhr und die geowissenschaftlichen Untersuchungsarbeiten bei der Wiener Landesanstalt konzentriert wurden. Das NS-Regime stellte die geologischen Geländearbeiten in Hinblick auf den Vierjahresplan in den Dienst der Erforschung nutzbarer Lagerstätten und der großen Bauvorhaben. Die bisherige Gliederung nach geologischen Einheiten und Kartenblättern der ehemaligen Geologischen Bundesanstalt wurde aufgelöst und nach Bodenschätzen und der Steinbruchkartei neu gegliedert. Der Druck der geologischen Kartenwerke musste eingestellt werden und die Rohstoffsuche wurde im Sinne der kriegswirtschaftlichen Aufrüstung zum prioritären Aufgabenbereich gemacht.

Die rasch anlaufenden Prospektions- und Schurfarbeiten waren mehrschichtig organisiert. Neben der Tätigkeit der Lagerstättenabteilung in Wien und der Zweigstelle Leoben erfolgte die Forschungstätigkeit durch

1939.
1943, 1944



Steinsammlung mit einer Karte der Steinbrüche im Hintergrund (GBA)

neu eingerichtete Bergbauunternehmungen (z.B. Hermann-Göring-Werke), durch zahlreiche neu gegründete Schurfgesellschaften und durch die gesteuerte Schurftätigkeit von Privatpersonen. Insgesamt wurden von der Reichsstelle für Bodenforschung zwischen 1939 und 1943 in Österreich, im Gebiet des heutigen Slowenien und der Slowakei 132 Lagerstätten montangeologisch untersucht und teilweise bergbautechnisch betreut. Die Schurfprogramme wurden ab 1944 kriegsbedingt stark reduziert.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld der Landesanstalt bzw. der Zweigstelle Wien war die systematische Erfassung der Natursteinvorkommen in Österreich und die Beratung der verschiedenen Steinverbraucher. Angeblich wurde mit den Arbeiten zur Steinbruchkartei schon vor dem „Anschluss“ begonnen. Bis Ende 1938 waren 514, bis Ende 1939 über 1750 Steinbrüche erfasst. Das in der Zweigstelle Wien untergebrachte, aber der Reichsstelle Berlin unterstellte Institut für Erdölgeologie leistete mit der

Förderung der Ölproduktion einen wesentlichen kriegswichtigen Beitrag. Die Jahreserdölproduktion lag 1938 bei 32.000 Tonnen und konnte 1943 auf 1,1 Mio. Tonnen gehoben werden. Mit dieser 34-fachen Produktionssteigerung stieg Österreich zum drittgrößten Erdölproduzenten Europas auf.

Stellt man die Mitarbeiter/innen des Jahres 1937 jenen von 1939 gegenüber, ist in Hinblick auf die Personalentwicklung im Zuge des „Anschlusses“ die Entlassung von 5 von 18 Personen feststellbar. Von den vor März 1938 beschäftigten Geologen wurde aber niemand aus politischen Gründen ent-



Ölförderung in Zistersdorf, Oktober 1939
(Österreichische Nationalbibliothek)

lassen oder in den Ruhestand versetzt. 29 neue Bedienstete wurden eingestellt, drei davon allerdings nur vorübergehend. Die Landesanstalt bzw. die Zweigstelle Wien erfuhr in den Jahren des NS-Regimes eine Aufstockung des Personals auf etwa das Doppelte gegenüber den Vorjahren. Seit Kriegsbeginn unterlag der Personalstand der Zweigstelle Wien starken Fluktuationen. Mit Franz Lotze (1903–1971) bekam die Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung im März 1941 einen neuen Leiter. Dieser rief wegen seiner fehlenden Österreich-Erfahrung und seinem geringen Alter von 36 Jahren bei vielen im Haus Ablehnung hervor.

Zwischen den Beschäftigten entstanden in der Arbeitspraxis zahlreiche Reibungsflächen. Einzelne Geologen waren nicht kooperativ und mussten ermahnt werden und es kam zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem österreichischen Stammpersonal und zugeteilten „Altreichsdeutschen“, die zum Teil außerhalb der Hierarchie standen und ihre Direktiven direkt aus Berlin

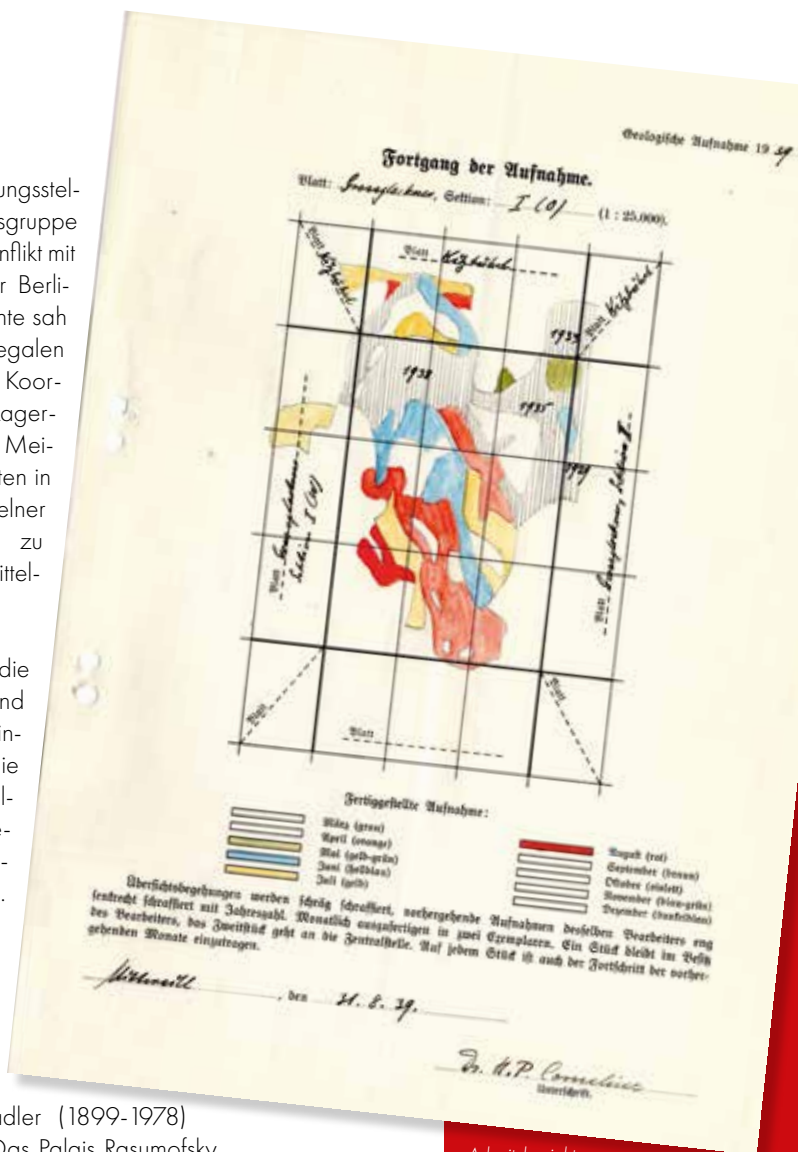


Fragebogen für die Steinbruchkartei (GBA)

erhielten. Die Forschungsstelle Leoben – Arbeitsgruppe „Dadiu“ stand in Konflikt mit der Wiener und der Berliner Stelle. Erstgenannte sah sich wegen ihrer illegalen Tätigkeit als primäre Koordinationsstelle der Lagerstättenforschung und Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung einzelner Lagerstätten führten zu Konflikten bei der Mittelzuteilung.

Ab 1942 wurden die Mitarbeiter zunehmend zum Wehrdienst einbezogen, sodass die Aufgaben der Zentralstelle nur mehr eingeschränkt wahrgenommen werden konnten. Direktor Lotze wurde ab 1943 von Hans Peter Cornelius (1888–1950) vertreten, der 1944 wiederum diese

Funktion Josef Schadler (1899-1978) übergeben musste. Das Palais Rasumofsky, der Sitz der Zweigstelle Wien, wurde mehrmals durch Bombentreffer schwer beschädigt und in Folge wurde versucht, das wertvolle Material teilweise auszulagern. Die kurz vor der Befreiung vom Nationalsozialismus angeordnete Vernichtung der wertvollen Archiv-, Karten- und Aktenmaterialien konnte vor allem durch die Mitarbeiterinnen Hedwig Horvath (1922–2009) und Maria Rösler (1908–?) verhindert werden. Der



Arbeitsbericht von Hans Peter Cornelius, 1939 (GBA)

Versuch der Übersiedlung von Wien nach Oberösterreich durch den kurzzeitig an die Zweigstelle zurückgekehrten Franz Lotze scheiterte. Mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus fand die aus Berlin gesteuerte Bodenforschung in Österreich ein Ende.

HANDLUNGSSPIELRÄUME IM NS-REGIME

- Heinrich Beck und Franz Lotze an
der Spitze der Zweigstelle Wien

1937.
1941.



Heinrich Beck,
Chefgeologe und Kommissarischer Leiter der
Zweigstelle Wien 1938-41 (GBA)



Franz Lotze,
Direktor der Zweigstelle Wien 1941-45 (GBA)

Die Vorgänge in der Geologischen Bundesanstalt antizipierten die Umbrüche des Jahres 1938. Direktor Otto Ampferer (1875–1947, Direktor 1935–1937), der dem Dollfuß/Schuschnigg-Regime nahestand, trat aus bis heute nicht eindeutig geklärten Gründen Ende des Jahres 1937 zurück. Ihm folgte Gustav Götzing (1880–1969, Direktor 1937–1938 und 1945–1949) als Direktor bis zum „Anschluss“ im März 1938. Aufgrund seiner ebenfalls vorhandenen Nähe zum österreichischen Regime, wurde Götzing unmittelbar nach dem „An-

schluss“ des Amtes enthoben. Er verblieb an der Anstalt, aber kommissarischer Leiter wurde vorerst der dienstälteste Geologe Heinrich Beck (1880–1979, Kommissarischer Leiter 1938–1941). Auf Wunsch des Staatssekretärs Wilhelm Keppler, Industrieller und enger Vertrauter Hermann Görings bei der Umsetzung des Vierjahresplans, war der reichsdeutsche Geologe Franz Lotze (1903–1971, Direktor 1941–1945), Professor an der Universität Göttingen, als Direktor der nunmehrigen Zweigstelle Wien vorgesehen. Vorläufig hatte er Verpflichtun-

1938.
1945

Berg Wetter

gen bei einer deutsch-spanischen Bergbaugesellschaft nachzukommen und löste Beck erst 1941 als Leiter ab.

Lotze war aufgrund seiner mangelnden fachlichen Profilierung, seiner Unkenntnis der österreichischen Gegebenheiten und fachlichen Tradition und nicht zuletzt aufgrund seines geringen Alters (immer wieder wurde erwähnt, dass er mit 36 Jahren der jüngste Geologe der Anstalt war) als Leiter der nunmehrigen Zweigstelle Wien unbeliebt. Beck kommentierte nach 1945, dass Lotze „Österreich nie gesehen hatte“ und bezeichnete ihn als einen „auf österreichische Belange nicht bedachten fremden Herrn“. Beck weigerte sich, sich in die neu-

en Umstände zu fügen und reichte umgehend sein Rücktrittsgesuch ein.

Kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee in Wien Mitte April 1945 ereigneten sich dramatische Szenen in der Zweigstelle Wien. Lotze, sichtlich besorgt, sich selbst wie auch seinen Status als Leiter der Anstalt zu retten, verließ Wien gemeinsam mit einigen anderen reichsdeutschen Angestellten in Richtung Kremsmünster in Oberösterreich. Die Anstaltskasse und wertvolles Kartenmaterial nahm er mit. Die in Wien zurückbleibenden Beschäftigten wies er an, Akten- und Kartenmaterial im Hof der Anstalt zu verbrennen, was jedoch insbesondere aufgrund des



Beitragszahlungen Becks an die NSDAP. In der NS-Zeit war er nur Parteianwärter, sein Aufnahmegesuch wurde abgelehnt (Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Bemühens der Mitarbeiterin Maria Rösler verhindert werden konnte. In Kremsmünster trachtete Lotze danach, eine eigene „Geologische Anstalt für Österreich“ aufzubauen. Es gelang ihm sogar, wahrscheinlich unter Ausnutzung der unklaren politischen Lage nach 1945, außerhalb der sowjetischen Besatzungszone Landeszweigstellen seiner neuen Anstalt zu errichten.

Beck war bereits im Jahr 1932 der NSDAP beigetreten, hatte allerdings in der vier Jahre währenden „Verbotszeit“ der Partei, die auf die Ermordung Kanzler Dollfuß' im Juli 1934 folgte, keine Beitragszahlungen geleistet. Als Beck gemeinsam mit seiner Frau Berta nach dem „Anschluss“ erneut um Aufnahme in die Partei ansuchte, wurde ihm dies als Verfehlung vorgehalten. Becks Aufnahmegesuch wurde schließlich mit dem Hinweis auf seine Unterbrechung der Beitragszahlungen und damit, dass er auch sonst „keine besonderen Leistungen in der Verbotszeit“ aufzuweisen habe, abgewiesen.

Beck: NSDAP-Parteianwärter und sein Handlungsspielraum

Nach 1945 wurde Beck vorläufig als registrierungspflichtiger ehemaliger Nationalsozialist geführt. In der Tat dürfte er jedoch seinen Status als kommissarischer Leiter der Zweigstelle Wien und als NSDAP-Parteianwärter dazu benutzt haben, so manche Mitarbeiter vor politischer Verfolgung zu schützen. So konnte er erreichen, dass der im Zuge des „Anschluss“ abgesetzte Direktor Götzing, ebenso wie die im Na-

tionalsozialismus wegen Hochverrats angeklagte Direktionssekretärin Margarete Girardi (1888–1964) an der Anstalt verbleiben konnten. Ebenso bestand er bis ins Jahr 1939 auf die Veröffentlichung von Beiträgen eines Geologen jüdischer Abstammung, Georg Rosenberg (1897–1969), im Jahrbuch der nunmehrigen Zweigstelle Wien.

Seitens der Bundesanstalt wurde nach 1945 ein Antrag auf Wiedereinstellung von Heinrich Beck gestellt, der jedoch seitens des zuständigen Ministeriums abgelehnt wurde „im Hinblick auf dessen Eigenschaft als Anwärter der NSDAP und auf sein vorgerücktes Lebensalter“ (Beck befand sich in seinem 66. Lebensjahr).



Direktionssekretärin Margarete Girardi
(Österreichische Nationalbibliothek)

1941.
1945

Berg **1938**
Wetter

GEOLOGISCHE ARBEIT STATT „SCHUTTSCHAUFELN“ NACH 1945 - NS-Angehörige in der GBA



*Chefgeologe
Artur Winkler-Hermaden
(Archiv der TU Graz)*

Die größeren politischen Ereignisse der Zwischenkriegszeit übten schon sehr früh einen unmittelbaren Einfluss auf die GBA aus. Aufgrund seiner Beteiligung am Juliputsch 1934 wurde der nationalsozialistisch gesinnte Chefgeologe Artur Winkler-Hermaden (1890–1963) unter der Regierung Schuschnigg entlassen. Nach dem „Anschluss“ wurde er umgehend wiedereingestellt bis er 1941 an die Technische Hochschule in Prag wechselte.

Eine in den Kriegsjahren zentrale Persönlichkeit hinsichtlich regimetreuer Ausrichtung der geologischen Arbeit war Erich Haberfelner (1902–1962). Er wurde dem kommissarischen Leiter Heinrich Beck als Vertreter des Berliner Reichsamtes für Bodenforschung zur Seite gestellt. Zugleich übernahm er die Leitung der Lagerstättenabteilung der Zweigstelle Wien.

Hans Peter Cornelius (1888–1950) war innerhalb der GBA als überzeugter Nationalsozialist bekannt. Er trat der Partei bereits im Mai 1933 bei. Wochen vor dem „Anschluss“ warb er bei Kollegen für die Organisation einer „nationalen Gruppe“ in der Bundesanstalt. Berichten zufolge war es auch Cornelius, der den zur Zeit des „Anschluss“ amtierenden Direktor Gustav Götzinger im Auftrag der Partei zum Rücktritt veranlasste, was allerdings gerichtlich nach 1945 nicht bestätigt wurde. Seine Tätigkeiten führten nach 1945 zu seiner Registrierung als ehemaliger Nationalsozialist. Cornelius bemühte sich um die Streichung von der Liste. So betonte er einerseits sei-

Registrierung der Nationalsozialisten
Meldestelle für den 120. Bezirk

120. Bezirk

M. Nr. 11

Cornelius Pfl. Bau

12-119

Registrierungsakt von Cornelius als ehemaliger Nationalsozialist
(Wiener Stadt- und Landesarchiv)

ne herausragende fachliche Qualifikation: „Bei aller gebotenen Bescheidenheit darf ich mich als international anerkannten Fachmann auf meinem speziellen Fachgebiet, der Geologie der Alpen, bezeichnen.“ Ganz besonders hebt er in diesem Sinne die von ihm erstellte geologische Karte des Glocknergebietes als internationale „Spitzenleistung auf dem Gebiete der geologischen Hochgebirgsdarstellung“ hervor.

In Würdigung seiner Verdienste sei er als Ehrenmitglied in eine „Naturforschende Gesellschaft“ und als Korrespondierendes Mitglied in die Akademie der Wissenschaften gewählt worden (beides allerdings in der NS-Zeit). In Anspielung auf den ver-

pflichtenden Arbeitseinsatz für ehemalige NS-Angehörige schrieb Cornelius: „Ich glaube daher, durch weitere Arbeit in meinem Fache dem Österreichischen Staate wesentlich wertvollere Dienste leisten zu können als durch Schuttschaukeln“. Daran anknüpfend betonte der Geologe seine fachlich-kulturellen Verdienste: „Wenn ich auch politische Verdienste um den Österreichischen Staat nicht aufweisen kann, so doch solche kultureller Art, durch eben meine fachliche Arbeit.“ Denn: „In einem Staate, der auf seine kulturelle Sendung und Tradition – mit Recht – besonderes Gewicht legt, sollte dieser Gesichtspunkt wohl eine Rolle spielen.“

In einem weiteren Punkt kommentiert Cornelius seine Zeit als Nationalsozialist: „Meine Zugehörigkeit zur NSDAP ist immer – auch in der illegalen Zeit! – eine papierene Angelegenheit geblieben“. Cornelius begründet dies einerseits mit seiner angeblich unpolitischen „Natur und Veranlagung“. Außerdem habe er bereits „seit vielen Jahren [...] nicht einmal mehr das Parteiabzeichen getragen, nachdem ich eingesehen, dass ich mich bezüglich der von der NSDAP erhofften Vorteile für das allgemeine Wohl getäuscht hatte“.

In die erwähnte Enttäuschung Cornelius' über die Politik des NS-Regimes spielten möglicherweise auch seine Ambitionen zum Direktor bzw. zum Leiter der Geologischen Landesanstalt/Zweigstelle Wien des

Reichsamts für Bodenforschung mit hinein, die bekanntlich keinen Erfolg hatten.

Im Zuge einer Polizeierhebung wird Cornelius zwar als ehemaliger Angehöriger der NSDAP bezeichnet, der *„sich jedoch politisch nicht hervorgetan und [...] in moralischer Hinsicht nicht nachteilig beleumundet“* sei. Seine Beschäftigung an der GBA wurde nach 1945 allerdings nicht mehr aufgenommen.



Geologe Hans Peter Cornelius (GBA)



Victor Conrad (ZAMG)

VICTOR CONRAD

- Ein beachtenswertes Forscherleben zwischen Diskriminierung, Vertreibung und Großmut

Victor Conrad wurde am 25. August 1876 in Wien in eine großbürgerliche jüdische Familie geboren. Conrad studierte Physik an der Universität Wien und verfasste seine Dissertation am physikalisch-chemischen Institut unter dem Physiker Franz-Serafin Exner. Nach seiner Promotion 1900 wurde er ab 1901 an der ZAMG als Universitätsassistent angestellt.

1904 wurde der Erdbebendienst an der ZAMG eingerichtet, Victor Conrad zu dessen ersten Leiter ernannt. 1906 erhielt Conrad die *venia legendi* für Meteorologie an der Universität Wien.

1910 wurde Conrad zum Ao.Univ.Prof. der Kosmischen Physik an der Franz-Josephs-Universität in Czernowitz (heute Ukraine) ernannt. Von 1911 bis 1914 organisierte Conrad das neue Institut für Kosmische Physik und das Observatorium.

Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie Ende 1918 mussten die meisten der deutschen Professoren Czernowitz Ende Juli 1919 verlassen, so auch Conrad, unter „Verlust der Lehrkan-

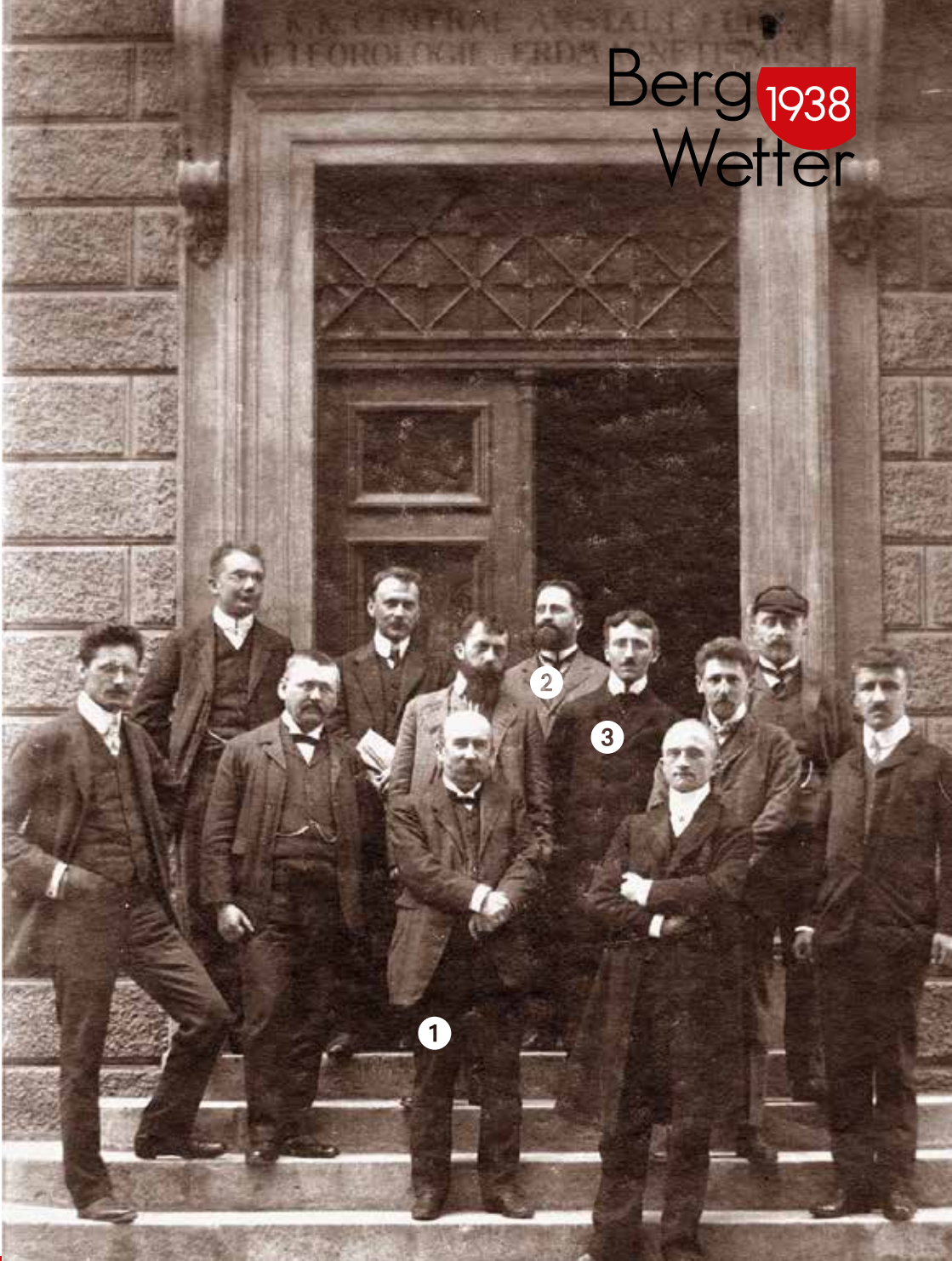
zel, Habe und Vermögen“. Die geplante Ernennung zum Ordinarius mit 1.1.1919 wurde nicht durchgeführt, Conrad wurde wieder als Beamter in der Funktion des Leiters des Erdbebendienstes eingesetzt. Dass ihm die Funktion eines Beamten und nicht die eines Hochschulprofessors zugewiesen wurde, empfand Conrad stets als Demütigung. 1926 verlieh ihm Bundespräsident Michael Hainisch den Titel eines ordentlichen Universitätsprofessors.

Beharrlich versuchte Conrad auch in der Republik Österreich an der Universität Fuß zu fassen – 1919 wurde seine *venia legendi* erneuert. Zu einer antisemitischen Diskriminierung kam es 1923, als er sich für die vakante Lehrkanzel für Meteorologie und Geophysik an der Universität Graz nach Heinrich Ficker bewarb. Die Kommission zur Wiederbesetzung der Lehrkanzel begründete die Nichtberücksichtigung von Conrad im Besetzungsvorschlag folgend:

„Prof. Conrad ist Jude und seine Ernennung würde schweren Widerstande seitens der Grazer Studentenschaft begegnen [...] sieht die Kommission von einer Nominierung Dr. Conrads ab und beschränkt ihren Vorschlag auf die übrigen drei angeführten Gelehrten.“

In der Publikation „*Laufzeitkurven des Tauernbebens vom 28. November 1923*“

Berg 1938 Wetter



Personal der ZAMG um 1910 auf der Hohen Warte 38: 1. Wilhelm Trabert, Direktor der ZAMG; 2. Victor Conrad;
3. Rudolf Schneider, Conrads Nachfolger (ZAMG)



Schreiben der Kommission zur Besetzung der Lehrkanzel für Meteorologie und Geophysik der Universität Graz unterschrieben von: Hans Benndorf/Physiker, Heinrich Ficker/Meteorologe, Robert Sieger/Geograph (Universitätsarchiv Graz)



(1925) beschrieb Conrad die Beobachtung von P-Wellen, die ihm schließlich zu dem Schluss eines 2-Schichten Aufbaus der Erdkruste führten. Die Grenzfläche dieser Schichten wurde später als „Conrad Diskontinuität“ bekannt.

Als 1926 Conrad der Herausgeber von „Gerlands Beiträge zur Geophysik“ – eine der ältesten Zeitschriften auf diesem Gebiet (1887) – wurde, avancierte die Zeitschrift zum wichtigsten internationalen Publikationsorgan für geophysikalische Forschungen.

Als wahrscheinliche Folge des Bürgerkriegs im Februar 1934 wurde Conrad am 30. April 1934 an der ZAMG „mit Wartegebühr“ suspendiert, 1936 in den Ruhestand versetzt.

„Anschluss“ und Emigration im Mai 1939

Conrad hielt seine letzte Vorlesung an der Universität Wien im WS 1937/38 über „Niederschlag und Sonnenschein auf der Erde“.

Nachdem die Nazis an die Macht kamen, hielt der bedeutende deutsche Seismologe Beno Gutenberg – seit 1930 Professor für Geophysik am California Institute of Technology in Pasadena – seine Kontakte in Deutschland aufrecht. Er half vielen jüdischen Wissenschaftler/innen aus Deutschland und Österreich, in die USA zu emigrieren, so auch Victor Conrad; Gutenbergs Bürgerschaft („affidavit“) für Conrad war für seine Emigration und somit für das Überleben essentiell.

Mit Hilfe der Society for the Protection of Science and Learning (London) und dem Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars (New York) gelang nach umfangreichem Schriftverkehr 1939 die Flucht in die USA. Zahlreiche Wissenschaftler setzten sich für Conrad ein, darunter Ronald P. Bell (1907–1996), einer der führenden britischen Vertreter der Physikalischen Chemie an der Universität Oxford, England.

Die erste Zeit in den USA gestaltete sich fern der Heimat schwierig, wie ein Brief von Conrads Frau Ida an Verwandte im Februar 1946 zeigt:

„Victor hat ein von Jahr zu Jahr verlängertes Fellowship, da man nach 60, sicher aber nach 65 nicht mehr fix angestellt wird. Solange er arbeiten kann, kriegt er dieses recht kärgliche Geld, was dann, wissen die Götter. Wir leben sehr einfach, sparsam und zurückgezogen. Victor hat sehr viel Arbeit und sucht sich immer noch mehr. Er hat zwar zwei englisch geschriebene Bücher auf dem Gewissen, von denen beide schon eine zweite Auflage haben.“

Von 1939 bis 1940 arbeitete Conrad erfolgreich an der Pennsylvania State University, Department of Meteorology, von 1940 bis 1942 an der New York University, am California Institute of Technology, an der University of Chicago und schließlich von 1944 bis 1951 an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts.

Conrads wissenschaftliches Lebenswerk umfasst mehr als 240 Aufsätze über die Meteorologie, Klimatologie und Seismologie.

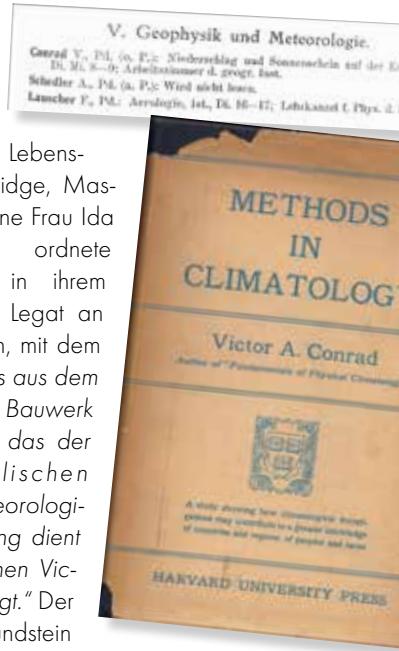
Ein Legat für die Wissenschaft: Conrad Observatorium der ZAMG — geophysikalische Spitzenforschung auf internationalem Niveau

Conrad dachte wiederholt über eine Rückkehr nach Wien nach, letztendlich scheiterte diese aus mehreren Gründen, wie einer unsicheren finanziellen Lage, dem fortgeschrittenen Alter und sicher auch daran, dass er sich in Österreich nicht willkommen fühlte.

Victor Conrad verstarb 1962 im 86. Lebensjahr in Cambridge, Massachusetts. Seine Frau Ida (1880–1969) ordnete wohlüberlegt in ihrem Testament ein Legat an die ZAMG an, mit dem Wunsch, „dass aus dem Nachlass ein Bauwerk errichtet wird, das der geophysikalischen oder meteorologischen Forschung dient und den Namen Victor Conrad trägt.“ Der finanzielle Grundstein zur Errichtung eines Observatoriums war mit dieser großmütigen Zuwendung gelegt.

1975 erhielt Peter Melichar, ZAMG, den Auftrag zur Errichtung des Conrad Observatoriums. 2002 wurde die erste Baustufe, das seismisch-gravimetrische Observatorium/SGO, 2014 die zweite Baustufe, das geomagnetische Observatorium/GMO am Trafelberg in NÖ eröffnet. Das Observatorium dient der kontinuierlichen seismischen, gravimetrischen und geomagnetischen Beobachtung und ist heute ein Ort der geophysikalischen Spitzenforschung auf internationalem Niveau.

<http://conrad-observatory.at>



Conrad Observatorium: Geomagnetisches Observatorium am Trafelberg in Niederösterreich (ZAMG)



DEGRADIERT UND INSTRUMENTALISIERT

- Die ZAMG im Nationalsozialismus

1938.
1940.

Die in Österreich einmarschierenden deutschen Truppen brachten zum „Anschluss“ einen Kaltlufteinbruch nach Ostösterreich mit. In Wien betrug die Temperatur am Nachmittag des 12. März 1938 zwei Grad Celsius und im Gebiet des Erzberges hatte es bis Mittag geschneit. Der bewölkte Himmel sollte wenige Tage später wieder aufklaren, doch das politische Klima hatte sich durch die Umwälzungen des „Anschlusses“ schlagartig verändert. Während ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung trotz der Kälte den „Anschluss“ frenetisch begrüßte, mussten vom Nationalsozialismus als

Gegner definierte Menschen um ihr Leben fürchten.

Wie nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens hatte die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich auch für die ZAMG und ihre Mitarbeiter/innen tiefgreifende Folgen. Auf Aufforderung des Oberkommandos der Wehrmacht wurde die ZAMG und alle Außenstellen dem Reichswetterdienst im Luftfahrtministerium unterstellt. In Folge wurde der Wetter- und Klimadienst von der ZAMG abgetrennt und in das Reichsamt für Wetterdienst des Luftfahrt-



1939.
1941. 1945

Berg **1938**
Wetter

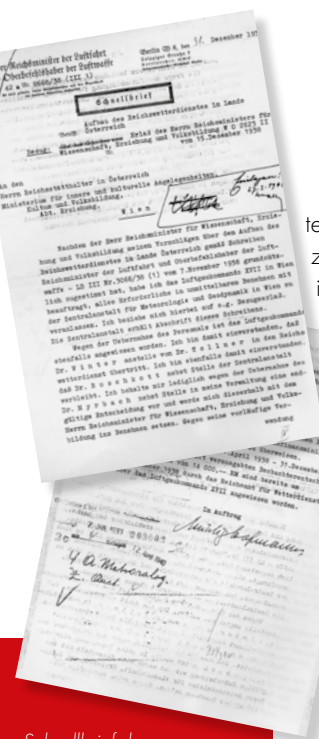
ministeriums eingegliedert. Im Jänner 1939 zog der Wetterdienst von der Hohen Warthe auf den Flughafen Aspern. Er sollte nicht mehr für das gesamte Gebiet der „Ostmark“ zuständig sein, sondern nur mehr für den Alpenostrand. Die Anzahl der Klimastationen, die nun dem Reichswetterdienst unterstanden und von der Leitwetterwarte in Wien-Aspern betreut wurden, nahm seit dem Jahre 1938 um mehr als ein Drittel ab (1938: 240, 1941: 147). Bei der degradierten ZAMG verblieben das Observatorium, der erdmagnetische und der seismische

Dienst. Die Beteiligung am internationalen aerologischen Programm kam zum Stillstand.

Der ZAMG wurde das gesamte seit der Gründung gesammelte Material entzogen. Es wurde mitsamt allen Arbeitsbehelfen und dem Archiv des meteorologischen Beobachtungs- und Registriermaterials im Februar 1939 nach Berlin-Tempelhof übersiedelt. Die große Fachbibliothek blieb der ZAMG erhalten. Sieben Mitarbeiter wurden vom Reichswetterdienst übernommen, sechs wei-



Wolkenhimmel beim „Anschluss“: Landung deutscher Flugzeuge in Wien, 13. März 1938 (Österreichische Nationalbibliothek)



Schnellbrief des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe betreffs Aufbau des Reichswetterdienstes im Lande Österreich, 31. Dezember 1938 (ZAMG)

tere Mitarbeiter wurden zur Dienstverwendung im Reichswetterdienst versetzt. Leo Meißels aus dem Verwaltungs- und Kanzleidienst sowie Josef Strasser vom fachtechnischen Dienst wurden aus dem Personalstand vorübergehend ausgeschieden. Neben Direktor Ficker verblieben in der ZAMG 17 Mitarbeiter/innen, von denen 7 zum wissenschaftlichen Personal zählten.

Die ZAMG wurde in ein Forschungsinstitut umgewandelt, aber keiner Hochschule angegliedert. Über das später eingerichtete Kuratorium der Wiener Hochschulen wurde die ZAMG unmittelbar dem Reichserziehungsministerium unterstellt. Der Name blieb erhalten, dieser war aber – so Heinrich Ficker – „freilich nach Abgabe des Wetter- und Klimadienstes sinnlos geworden“. Wegen des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs konnte aus den Resten der Anstalt kein leistungsfähiges Forschungsinstitut aufgebaut werden. Die ZAMG hatte für das NS-Regime vor allem Bedeutung als Lehranstalt für die Ausbildung kriegswichtiger Meteorologen in den sogenannten „Meteorologen-Anwärter-Zügen“. Vom wissenschaftlichen Personal verblieb nach

Kriegsbeginn vorerst neben Direktor Ficker nur Martin Kofler. Als wissenschaftlichen Mitarbeiter erhielt die ZAMG im Jahr 1940 Norbert Adler zugewiesen, der seinen Lehrberuf nicht mehr ausüben durfte, da er mit einer Jüdin verheiratet war. Auf Weisung des Reichsministers für Finanzen konnte Adler jedoch auch an der ZAMG nicht weiter beschäftigt werden, doch Heinrich Ficker setzte sich für ihn ein und brachte ihn als Generalsekretär im Sonnblickverein unter.

Mit Kriegsbeginn unterstand der gesamte Wetterdienst der nunmehrigen Ostmark dem Luftgaukommando XVII in Wien. Für den Chefmeteorologen im Luftgaukommando Hermann Noth hatte der Wetterdienst die Aufgabe „zum Schutz der Heimat der Wehrmacht zu dienen“ und der als Rassegemeinschaft verstandenen nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft zu verhelfen“. Der Wetterdienst sollte nach den Vorstellungen Noths neben militärischen Aufgaben (z.B. zur Planung von Truppenbewegungen) im Luftverkehr (z.B. Unwetterwarndienst), der Wirtschaft nach den Vorgaben des Vierjahresplanes (z.B. Steigerung der Ernteerträge) und im Auskundtsdienst (Ausflugs-, Flug-, Wintersportwetter- und Straßenwetterdienst) seine Tätigkeit entfalten.

Der Personalstand der ZAMG stieg zu Beginn des Krieges zwar kurzfristig von 15 auf 20 Mitarbeiter/innen an, es kam jedoch sukzessive zu Abgängen wegen des Kriegsdienstes. Ein Zeitungsartikel im September 1945 berichtete, dass das Personal der ZAMG in der NS-Zeit „illegal“ weiter gearbeitet hätte und die täglichen Meldungen nicht amtlich, sondern in privaten Notizbü-

chern aufgezeichnet hätte. Auf diesem Weg seien die Lücken in den Tabellen aufgefüllt worden. Der Wetterdienst des Luftgaukommandos in Aspern konnte zu Kriegsende nur mehr durch den Einsatz von Wehrmachthelferinnen gewährleistet werden. Nach einem Luftangriff am 9. November 1944, bei dem das Wiechert-Horizontalpendel im Erdbebenkeller der ZAMG schwer beschädigt wurde, veranlasste Direktor Ficker die Verlagerung der wertvollsten Instrumente und eines Teiles der Bibliotheksbestände auf Schloss Mittersill. Das Schloss beherbergte eine Einrichtung des „Sven-Hedin-Instituts für Innerasienforschung“, das dem „SS-Ahenerbe“ unterstellt war und als Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen geführt wurde. Es diente gegen Kriegsende auch als Depot für Raubkunst.

II. Durationsplan für Wehrmachtsmeteorologen
 Semester vom 1.9. - 31.12.1942.
Ü B E R S I C H T
 Die Wehrmännern finden im grossen Hörsaal des meteorologischen Institutes der
 Universität Wien, IX., Strudlhofgasse 4, statt.
 Vorlesungsbeginn: Mittwoch, den 8. September 1942, 10 Uhr.

Wochen	Dauer	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1. bis 12.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	
13. bis 16.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	
17. bis 20.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	
21. bis 24.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	
25. bis 28.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	
29. bis 31.	8.00 - 10.00	10.00 - 12.00	13.00 - 15.00	16.00 - 18.00	

Ein Fickel an der Centralanstalt für Meteorologie Wien, XXX., (siehe Wehr-
 halt 39, Vertriebsart) steht.

Vorlesungsplan für das Kurzstudium für Wehrmachtsmeteorologen, 1942 (ZAMG)

Bei einem Luftangriff am 20. Februar 1945 wurde der Anbau der ZAMG mit einigen Dienstwohnungen, der Werkstätte und der Druckerei zur Hälfte zerstört. Laut Direktor Ficker sei trotz all dieser Schäden der Betrieb der Anstalt weiter möglich gewesen. Während der Kämpfe um Wien wurde das magnetische Observatorium in Wien-Auhof samt den Instrumenten zerstört und am Turm des Julius-Hann-Hauses auf der Hohen Warte bezogen Volkssturm-Einheiten Stellung. Das Gelände der ZAMG erhielt mehrere Artillerietreffer.



Die geophysikalische Abteilung, im Bild vorne von links nach rechts: Viktor Mifka (1886-?), Gabriele Lukeschitz (1921-2008), hinten: Karl Plachy (1890-?) und Erich Trapp (1911-2002) (ZAMG)

HANDLUNGSSPIELRÄUME IN DIKTATUREN

- Heinrich Ficker 1938, 1939,
1940, 1945



Heinrich Ficker, Direktor der ZAMG
1937-53 (ZAMG)

Die Berufung Heinrich Fickers (1881 – 1957, Direktor 1937–1953) zum Professor für Meteorologie an die Universität Graz erfolgte bereits in Zeiten der Monarchie. Ficker selbst stammte aus einer Familie mit großer wissenschaftlicher Tradition. Professor am meteorologischen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, erhielt Ficker 1937 den Ruf als Professor

für Physik der Erde an die Universität Wien und wurde gleichzeitig zum Direktor der ZAMG ernannt. Die Tradition, dass der Direktor der ZAMG zugleich eine universitäre Professur innehatte, hielt sich von der Gründung bis in die 1980er Jahre. Eigenen Angaben zufolge wechselte Ficker aufgrund seiner „ausgesprochen antinazistischen Einstellung“ nach Wien. Die historischen Ereignisse holten den Meteorologen jedoch im Jahr darauf ein und Ficker sah sich bereits nach wenigen Monaten seitens des NS-Re-

gimes mit Umstrukturierungen und personalpolitischen Eingriffen an der ZAMG konfrontiert.

Sehr schnell erfolgte auch innerhalb der ZAMG die sogenannte „rassische“ Säuberung des Staatsdienstes. Leo Meisels (1894–?), technischer Official im Wetterdienst war jüdischer Herkunft und nach eigenen Angaben „jüdischer Konfession“. Bis zum Verbot im Februar 1934 war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Freiwilliger Frontdienst geleistet und galt durch Verwundung und Krankheit in Kriegsgefangenschaft als 40% Invalide.

In einigen staatlichen Stellen erfolgte die Beurlaubung jüdischer Mitarbeiter/innen unmittelbar nach dem „Anschluss“, ohne dass Anweisungen aus Berlin abgewartet wurden. Auch Meisels wurde bereits im April 1938 beurlaubt, blieb aber offiziell noch einige Monate an der ZAMG beschäftigt. Seine Versetzung zum „Wetterdienst der Luftwaffe“ scheiterte aufgrund seiner „mangelnden Deutschblütigkeit“.





Vorschlag der Berufung Heinrich Fickers an die Universität Graz durch das Professorenkollegium 1910 (Österreichisches Staatsarchiv)

Am 12. Dezember 1938 wurde Meisels schließlich vom Dienst enthoben und im November 1939 in den Ruhestand versetzt. Er verbrachte die Kriegszeit als Heim- beziehungsweise Hilfsarbeiter in einer Korbwarenfabrik und wurde 1945 wieder in den Dienst der ZAMG aufgenommen.

Ein weiteres Verfahren in der ZAMG betraf den politisch exponierten Sozialdemokraten Josef Strasser (1896–1947). Dieser wurde unmittelbar nach den Novemberpogromen am 10. November 1938 verhaftet. Seitens der NSDAP wurde festgestellt, dass sich der Beschuldigte „in abfälliger, die öffentliche Ordnung störender Weise über die am gleichen Tage durchgeführte Judenaktion offenkundig in der Absicht äusserte, um gegen diese unter den angesammelten Passanten Stimmung zu machen.“ Sechs Wochen später wurde er aus der Haft entlassen. Allerdings wurde festgehalten, Strasser sei „überzeugter Sozialdemokrat u. daher seine Weiterbelassung

im Reichsdienst nicht tragbar.“ Er wurde aus dem Dienst entlassen. Es war dem Bemühen Direktor Fickers geschuldet, dass der Entlassungsbescheid drei Monate später aufgehoben, Strasser formal wieder eingestellt und stattdessen in den dauernden Ruhestand versetzt werden konnte. Fickers Einsatz für seinen Mitarbeiter ging so weit, dass er sich bemühte, Strasser bei den Behörden auch ideologisch zu rehabilitieren: Strasser sei „ein Beispiel der Menschen, die für eine neue Weltanschauung langsam gewonnen werden müssen und die sich selbst dazu durchringen; ist ihnen dies gelungen, dann gehören sie zu den wertvollsten Mitgliedern der neuen Bewegung. [... D]ie Ereignisse des 10. November 1938 haben diese Entwicklung gestört.“

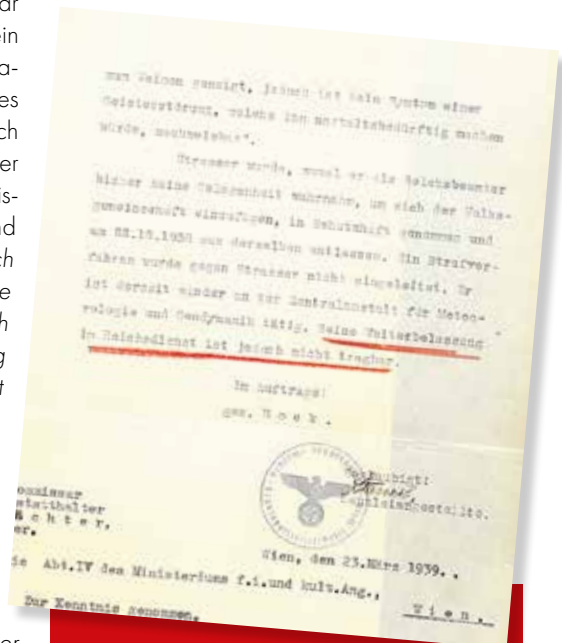
Ficker argumentierte außerdem, dass es nicht möglich war, einen fachlich adäquaten Ersatz für die offene Stelle zu finden und bat in diesem Sinne um eine Genehmigung, Strasser wiedereinstellen zu dürfen. Anton Schedler (1891-1973), Vertrauensmann des „Reichsbunds der Deutschen Beamten“ an der ZAMG, setzte sich durch ein wohlwollendes politisches Gutachten ebenfalls für die Wiedereinstellung Strassers ein. Die Weiterverwendung Strassers im Dienst der ZAMG wurde 1940 aufgrund des „kriegswirtschaftlichen Bedarfes“ genehmigt.



Leo Meisels im Dienst (links) (ZAMG)

Ficker selbst war Mitglied des Deutschen Luftsportverbands, der 1937 aufgelöst und in das „Nationalsozialistische Fliegerkorps“ (NSFK) umgewandelt wurde. Scheinbar wurde Ficker auf diese Weise ohne sein weiteres Zutun in diese parteinahe Organisation aufgenommen. Als ehemaliges Mitglied des NSFK galt der Direktor nach 1945 somit als registrierungspflichtiger ehemaliger Nationalsozialist. Die Registrierungspflicht traf Ficker persönlich und war für ihn nicht nachvollziehbar. „*Dass ich mich registrieren lassen musste, empfinde ich wirklich als geradezu grotesk, weil ich ja wirklich seit dem Jahre [19]33 ständig das Damoklesschwert über mir gefühlt habe.*“ In einem Gesuch um Aufhebung der Registrierungspflicht hielt Ficker fest, dass es seine „nazifeindliche Einstellung“ war, die ihn 1937 von Berlin weg an die ZAMG nach Wien geführt habe. Der Wechsel nach Wien sei zwar mit finanziellen Einbußen verbunden gewesen, doch betonte Ficker: „*Ich wollte [...] unter allen Umständen aus Deutschland weg.*“ Dem Wiener Unterrichtsministerium sei sei-

ne politische Einstellung bekannt gewesen. Fickers Registrierung wurde amtlicherseits schließlich gelöst.



Aufforderung der Gestapo zur Entlassung Strassers (Österreichisches Staatsarchiv)

„MEINE ARISCHE ABSTAMMUNG UND DIE MEINER FRAU KANN ICH JEDERZEIT NACHWEISEN“

- Parteiopportunismus bei Mitarbeitern der ZAMG

Berg 1938 Wetter

1932, 1933,
1934, 1935,
1936, 1937,
1945, 1947

Wie in anderen Einrichtungen auch, waren in der ZAMG Mitarbeiter/innen unterschiedlichen politischen Couleurs zu finden. Im Vergleich mit der GBA scheinen jedoch Polarisierung oder politische Konkurrenz in der ZAMG weniger stark ausgeprägt gewesen zu sein. Dies ist daran festzustellen, dass sich selbst aktive Nationalsozialisten an der Anstalt um den Schutz jener Kollegen bemühten, die mit dem NS-Regime in politische Schwierigkeiten geraten waren. Anton Schedler etwa war Vertrauensmann des „Reichsbunds der Deutschen Beamten“ (RDB) an der ZAMG. Als solcher kam ihm Bedeutung bei der politischen Beurteilung anderer Mitarbeiter/innen der ZAMG zu. Als NSDAP-Mitglied 1932 bis 1945 war Schedler ebenso in der Verbotzeit der Partei aktiv. Nach dem Krieg versucht er die Zeit seiner Mitgliedschaft von 1932–1938

in einen Status als „Parteianwärter“ umzudeuten, obwohl jener Status erst 1937 eingeführt wurde. Er war auch Träger der sogenannten „Ostmark-Medaille“. Jedoch setzte sich Schedler bei den zuständigen Polizeibehörden für den aufgrund seiner politischen Überzeugungen in Schwierigkeiten geratenen Kollegen Josef Strasser ein. Er kennzeichnete Strasser gegenüber der Polizei zwar als „roten Ideologen“, mit dem „in etwas aufregenden Zeiten [...] die Nerven durch[gehen]“. Ansonsten sei Strasser „ungefährlich“. Ähnlich wie Direktor Ficker (möglicherweise in Absprache mit diesem) äußerte der Vertrauens-

Gemeinde Neudorf

Meldeblatt

zur Registrierung der Nationalsozialisten im Sinne des Art. II des Verfassungsgesetzes vom 8. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 13, über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz).

Familien- und Vornamen:	Schedler Anton		
Geburtsort und Geburtsdatum:	Zwettl 22.6.1894		
Akademische Grade und Titel:	Dr. phil. Honor. Professor		
Beruf (Gewerbebetätigung):	Pflanzl. Fachlehrer		
Mitgliedschaft eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsrates einer (zur Person):	-		
Wohnort (genau Adresse):	Neudorf, Altkönig 30		
bei vorübergehender Anwesenheit (54 NS-Regist.-Vdg.) ständige Wohnung:	-		
frühere Wohnungen seit 1. Juli 1933:	Wien III, Paratzenstraße 4		
Mitglied der NSDAP	von	Wien 1932	bis Wien 1942
Parteiabteilung der NSDAP	von	Wien 1932	bis Wien 1932

Registrierungsblatt Schedlers als ehemaliger Nationalsozialist nach 1945 (Wiener Stadt- und Landesarchiv)

mann des RDB die Hoffnung, „dass Herr Strasser für die NS-Bewegung und Idee zu gewinnen“ sei. Als registrierter Nationalsozialist wurde Schedler nach 1945 an der ZAMG nicht mehr weiter beschäftigt.

Der Fall des Klimatologen Friedrich Lauscher (1905–1998) gibt ein anschauliches Bild davon, wie in politischen Umbruchzeiten die eigene Biografie den jeweiligen Umständen entsprechend uminterpretiert wurde. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ argumentierte Lauscher gegenüber der NSDAP, er sei schon seit 1923 Sympatisant von NS-Gedankengut gewesen. In diesem Sinne bezeichnete er sich selbst als „Anhänger der nationalsozialistischen Idee“, dem „das nationale Bewusstsein [...] seit

je gegeben“ war. Als Kind Mitglied im deutschnationalen Turnerbund, trat er später der antisemitischen Sektion Austria des Alpenvereins und einem „deutscharischen Schachverein“ bei. Sein „fachlicher Rat als Physiker“ sei „illegalen‘ Handlungen“ der Nationalsozialisten immer wieder dienlich gewesen. Lauscher entschuldigte sein nach eigener Ansicht „spätes“ Ansuchen um Aufnahme in die Partei 1938 mit der wirtschaftlichen Not seiner Familie, die ihn davor zu anderweitigen Beschäftigungen gezwungen habe. Nun nach dem „Anschluss“ bot er sich der Partei als aktives Mitglied und Redner an und schloss sein Aufnahmegesuch mit dem Satz: „Meine arische Abstammung und die meiner Frau kann ich jederzeit nachweisen“.

Dr. Schedler Anton,
am 22.6.1891 geboren,
Wien 19., Hohenauergasse 6a,
„ZEST“-Auskunft vom 12.11.1947
GA. 44.648
Laut einer politischen Beurteilung
von 4.6.1942 war der Genannte seit
19.10.1932 unter der Nummer
1,303.538 der NSDAP und seit Mai
1938 Blockleiter der Ortsgruppe
Hungerberg. Während der Verbotszeit
arbeitete er durch Sammel-
tätigkeit für die NSDAP.
Mitgl. d. NSDAP seit 19.1.1932,
Mitgl. Nr. 1,303.538, Blockleiter
ab Juli 1938, Erinnerungsmedaille
an den 13.3.1938.
Urk.Zl. 155.816.

Einspruchsak
des (ber)
Lauscher Fried
Name
19. Lehenthof
Anschrift

Karteikarte der Wiener Staatspolizei zu Schedler (Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Ganz anders stellte Lauscher seine Biografie im Jahr 1945 im Protest gegen seine Registrierung als ehemaliger Nationalsozialist dar. Gegenüber der Registrierungsbehörde betonte er, stets nur Parteianwärter gewesen zu sein und niemals den Parteied abgelegt zu haben. Lauscher stellte sich nun als „Geschädigter des ‚3. Reiches““ dar. Er wies darauf hin, dass seine 1935 erworbene österreichische Privatdozentur nach 1938 nicht mehr anerkannt worden war und er außerdem in der NS-Zeit bei Beförderungen oftmals übergangen worden sei, ihm leitende Posten gegenüber jüngeren Kollegen stets verweigert wurden. Schließlich wurde seitens der Registrierungsbehörde anerkannt, dass Lauscher „politisch

nicht hervorgetreten“ sei. Auf eine Eintragung in die Liste registrierungspflichtiger Nationalsozialisten wurde schlussendlich verzichtet.

rt
 edrich
 • Straße
 • Gasse Nr.
 • Platz

In seinem Einspruch gegen die Registrierung als ehemaliger Nationalsozialist betonte Lauscher, dem NS ideologisch nie nahegestanden zu sein (Wiener Stadt- und Landesarchiv)

An die
 Bezirksstelle Döbling der N.S.D.A.F.
 in Wien XIX, Gellmeyergasse 3.
 Erl. 14 APR
 XV/

Hiermit melde ich mich als Mitglied der N.S.D.A.F.

Seit ich im Jahre 1928 in Bayern war, bin ich Anhänger der nationalsozialistischen Idee. Das nationale Bewusstsein war mir seit je gegeben. Ich war als ^(Vize) Mann Mitglied des Turnverbandes, bin jetzt Mitglied des Zweigen Austria, war einst Obmannstellvertreter einer Ortsgruppe des Schulvereines und bin seit 1924 Mitglied eines deutscharischen Schulkvereines.

Gerade in der Kampfzeit war ich Obmannstellvertreter, bzw. Obmann dieses Vereines, der im Hause der ehemaligen Deutschen Verkehrsgewerkschaft seinen Sitz hat und in den letzten Jahren eine Stätte der nationalen Ermutigung war, wo Nachrichten weitergegeben wurden, über Kinderloke aus dem Reich berichtet wurde und gelegentlich mein Fachwissen als Phisiker illegalen Handlungen dienstlich wurde.

Wieso es nun kommt, daß ich bisher nicht Parteimitglied war, obwohl ich ganze Familien für die nationalsozialistische Idee gewonnen habe?

Dies liegt daran, daß ich als Sohn armer Eltern, dessen Vater die längste Zeit arbeitslos war, einst alle Zeit brauchte, um durch Studium und Stundenlohn mich zu meinem heutigen Wissen und zu meiner heutigen Stellung durchzuarbeiten. Und als ich mich dann anmeldete, kam eben das Verbot der Partei und damit verlor ich den direkten Anschluß.

Nun aber bin ich bereit mitzuarbeiten - ich den direkten Anschluß, zumohst als K.d.F. Redner im Sinne der im Altreich bestehenden Einrichtung zur Verfügung.

Keine arische Abstammung und die meiner Frau kann ich jederzeit nachweisen. Ich habe übriggend an der Universität diesen Nachweis bereits erbracht.

Mit einem herzlichen deutschen Gruß
 Neil Hitler!

Universitätsdozent Dr. Friedrich Lauscher
 Wien XIX, Gellmeyergasse 3, 1/1.

Friedrich Lauscher

Gesuch Lauschers um Aufnahme in die NSDAP und Betonung seiner Leistungen für den Nationalsozialismus (Wiener Stadt- und Landesarchiv)

ENTNAZIFIZIERUNG UND WIEDERAUFNAHME DER UNABHÄNGIGEN FORSCHUNGSTRADITION

1945.
1946.
1947

- Die GBA nach dem Krieg



Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes ist bei der Wiederrichtung der Geologischen Bundesanstalt eine vorerst zweigleisige Entwicklung feststellbar. Einerseits traten in Wien bereits am 24. April 1945 wieder 21 Personen ihren Dienst an. Leo Waldmann (1899–1973) übernahm für zwei Monate die interimsmäßige Leitung der Anstalt bis zur Wiedereinsetzung Direktor Götzingers im Juni. Andererseits konnte der nach Kremsmünster geflüchtete ehemalige Nationalsozialist Franz Lotze bei der oberösterreichischen Landesregierung mündlich die Anerkennung einer „Geologischen Landesanstalt für Österreich“ erwirken. Die Direktion der Wiener Bundesanstalt ließ wegen der gestohlenen Amtskasse polizeiliche Ermittlungen zum Aufenthaltsort Lotzes einleiten. Dieser konnte aber nach Auflösung der in Oberösterreich aufgezogenen Landesanstalt im Herbst 1945 ungehindert nach Deutschland ausreisen.

Die wesentlichste unmittelbare Aufgabe für die Mitarbeiter/innen der wieder errichteten Geologischen Bundesanstalt bestand in den Wiederherstellungsarbeiten am Gebäude und in der Rückführung des ausgelagerten Materials. Durch alliierte Luftangriffe und Artillerietreffer sich zurückziehender SS-Truppen waren eine Reihe von Museumssälen, der hofseitig gelegene Teil des Laboratoriumgebäudes, die Bibliothek und das Kuppeldach im Palais Rasumofsky beschädigt. Der Wiederaufbau des Hauptgebäudes dauerte bis 1951. Erst



Palais Rasumofsky im Wiederaufbau, 1949 (GBA)

Geologische Bundesanstalt in Nazi-Klauen

Der „Herr Professor“ stiehlt die Amtskasse / Ältestes Institut des Kontinents von Berlin „degradiert“

Die weltberühmte Oesterreichische Geologische Bundesanstalt in der Rajumoffgasse ist ein besonders überzeugender Beweis für die Respektlosigkeit, mit der die Nazi altehrwürdige Forschungseinrichtungen behandelten. Dieses Wiener Institut ist das älteste seiner Art auf dem Kontinent und feiert in vier Jahren das hundertjährige Gründungsjubiläum. Trotzdem wurde die Anstalt sofort nach dem Anschluß zu einer einfachen „Zweigstelle Wien der Reichsanstalt für Bodenforschung“ degradiert. Der zentrale Sitz

Eiszeitbildungen, also Erscheinungen, die dem echten Geologen ziemlich uninteressant sind, alles andere nur aus Büchern kennen. Das hohe Wissen seiner Beamten und deren echter Forschergeist wird das Wiener Institut zu neuer Blüte bringen. Die Aufräumungsarbeiten sind weit vorgeschritten, auch die baulichen Erneuerungsarbeiten sind bereits in Angriff genommen worden.

Es ist daher zu hoffen, daß die Hundertjahrfeier der Anstalt im Jahre 1949 zu einem Ereignis

Ausschnitt eines Zeitungsberichtes aus dem Herbst 1945 (Österreichische Nationalbibliothek)

Zeitgenössische Skizze der Bombentreffer, 1951 (GBA)

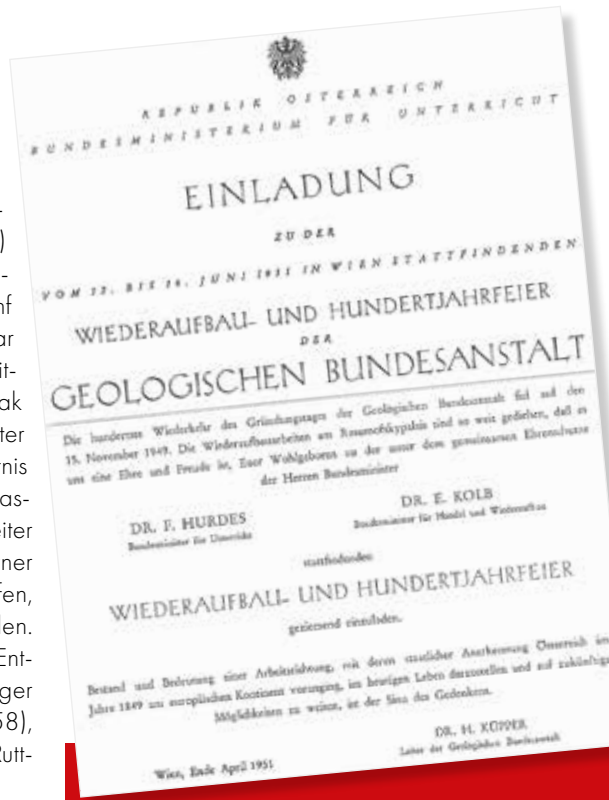


in diesem Jahr konnte der Bau des Gartentraktes begonnen werden und die neu aufgestellte Bibliothek wurde 1956 ihrer Bestimmung übergeben. Die nach Nieder- und Oberösterreich ausgelagerten Bestände der Bibliothek sowie des Erdöl- und Kartenarchivs konnten bald nach Wien zurück geführt werden. Die verlagerte Steinbruchkartei und anderes Archivgut befand sich ausgelagert in der nunmehrigen Tschechoslowakischen Republik und konnte erst – da von dort Ansprüche erhoben wurden – nach dem tschechoslowakisch-österreichischen Kulturabkommen 1946 rückgeführt werden. Trotzdem sich die Sammlungen der Geologischen Bundesanstalt in einem äußerst desolaten Zustand befanden, konnten schon im September 1945 die ersten wissenschaftlichen Arbeiten anlaufen.

Die nach der Befreiung vom Nationalsozialismus eingeleitete Entnazifizierung brachte für die Geologische Bundesanstalt wesentliche personelle Brüche mit sich. Die Durchdringung der Anstalt mit NS-Angehörigen war hoch. Von den vor März 1938 bis Anfang 1945 in den Dienst der Geologischen Landesanstalt/Zweigstelle Wien getretenen 28 Geologen waren nachweislich 11 NSDAP-Mitglieder (davon

zwei SS- und drei SA-Mitglieder sowie zwei Parteianwärter). Nur drei Geologen – Gustav Götzing, Leo Waldmann und Oskar Hackl (1886–1962) – waren keine Parteimitglieder. Mit Wirkung vom 6. Juni 1945 wurden die fünf Geologen Hans Peter Cornelius, Oskar Schmidegg (1899–1985), Otto Reithofer (1902–1965), Friedrich Czermak (1890–1960) und Harald E. Hochstetter (1902–1972) aus dem Dienstverhältnis der Geologischen Bundesanstalt entlassen. Die Anstellung von Sammlungsleiter Gottfried Reidl (1912–1945) und Werner Heissel (1908–1994) wurde widerrufen, da sie in der NS-Zeit eingesetzt wurden. Dienstsuspendierungen im Zuge der Entnazifizierung erfolgten bei Alois Kieslinger (1900–1975), Karl Lechner (1899–1958), Karl Fabich (1896–1981) und Anton Ruttner (1911–2006).

Wegen seiner „Unentbehrlichkeit“ wurde Rudolf Grill (1910–1987) als einziger ehemaliger Nationalsozialist mit einem Ministerialerlass im Dienst belassen. Das Interesse der österreichischen Regierung und vieler Institutionen an einer nachhaltigen politischen Säuberung sank rasch ab. Einige der Genannten konnten schon bald wieder ihren Dienst antreten. Hans Peter Cornelius hatte sich vor dem Wiener Volksgericht zu verantworten. Ihm wurde vorgeworfen „in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung“ begangen zu haben. Er wurde freigesprochen, trat aber nicht mehr in den Dienst der Geologischen Bundesanstalt ein.



Einladung zur Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier im Juni 1951 (GBA)

Die Geologische Bundesanstalt konnte sich wieder als zentrale Institution für die Erforschung der Geologie und Lagerstätten in Österreich etablieren. Die rechtliche Verankerung und die Definition ihrer Stellung und Aufgaben bei der Lagerstättenuche erfolgte durch das 1947 verabschiedete Lagerstättengesetz. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Tätigkeit der Bundesanstalt auf angewandte geologische Fragestellungen ausgerichtet. Nachdem Direktor Götzing in den Ruhestand trat, übernahm Heinrich Küpper (1904–2000)

die Leitung (1950–1952) und dann die Direktion (1952–1969) der Anstalt. Ihre grundlegenden Tätigkeiten unterteilte er in drei Bereiche:

- Die geologische Kartierung als jene Bestandsaufnahme geologischer Fakten, die im Kartenbild erfasst und abgegrenzt werden.
- Die Mitarbeit an Fragen der Grundlagenforschung.
- Die Zusammenarbeit mit der Industrie.

Im Jahr 1951 feierte die Geologische Bundesanstalt verspätet ihr 100-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass wurde das 1928 für den Doyen der Geologie Eduard Suess

(1831–1914) beim Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz aufgestellte Denkmal, das 1938 wegen seiner jüdischen Herkunft entfernt worden war, beim Palais Rasumofsky wiederaufgestellt. Nach langer Zeit vergab die Bundesanstalt auch wieder die Haidinger-Medaille. Zu den ersten Preisträgern der Nachkriegszeit zählte Walther Emil Petrascheck. Seine illegale NS-Tätigkeit vor dem „Anschluss“ stellte für die Verleihung der höchsten Auszeichnung der Geologischen Bundesanstalt kein Hindernis dar.



Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier, 1. Reihe, 2. von links: Bürgermeister Theodor Körner, 3. von links: Unterrichtsminister Felix Hurdes (GBA)

„WETTERBERICHT KEIN GEHEIMNIS MEHR“

- Die ZAMG in der Nachkriegszeit

Berg **1938**
Wetter

1944, 1945,
1946, 1947,
1948, 1949,
1950, 1951,
1953

Nach den Kampfhandlungen und der Befreiung Wiens am 13. April 1945 waren die Instrumente zur Aufzeichnung der Lufttemperatur beschädigt und der Robitzsch-Aktinograph, ein Strahlungsschreiber, konnte nicht mehr aufgefunden werden. Die Aufzeichnung der Lufttemperatur wurde nur am 14. und 15. April unterbrochen, es entfiel aber die Beobachtung der Globalstrahlung für das Jahr 1945. Die Renovierungsarbeiten am Julius-Hann-Haus und am Anbau dauerten bis 1948. Mit der Beschädigung des Wiechert Horizontalpendels beim Luftangriff 1944 war Direktor Ficker zufolge der mikroseismische Dienst in Österreich für Jahre „erledigt“. Einige Teile des Pendels mussten aus dem Bombenschutt herausgesiebt werden. Die Erdbebenregistrierung konnte 1948 teilweise und ab Juni 1950 wieder vollständig aufgenommen werden.

Der Wiederaufbau der ZAMG gestaltete sich schwierig: Fast das ganze Fachpersonal befand sich kürzer oder länger in Kriegsgefangenschaft, die Ernährungslage war in der unmittelbaren Nachkriegszeit katastrophal und das Material für die notwendigen Reparaturarbeiten knapp. Den Garten der ZAMG verwendeten die Mitarbeiter/innen zum Getreide- und Gemüseanbau.



Am 9. November 1944 und am 20. Februar 1945 erlitt das Hauptgebäude der Zentralanstalt schwere Bombentreffer und im April 1945 deutsche Artillerietreffer, Ansicht des kriegsbeschädigten Hauses, Juli 1946 (ZAMG)



Der Leiter der Abteilung für Bioklimatologie Franz Sauberer beim Ablesen des Bodenthermometers im Garten der ZAMG, im Hintergrund angepflanzter Mais und Schwarzkohl, 31. Juli 1946 (ZAMG)

Ausländische meteorologische Institute unterstützen sie mit Lebensmittel- und Kleidungsspenden mittels CARE-Paketen. Zumindest eines dieser Pakete stammte von der Frau des ehemaligen Leiters des Erdbebendienstes, Ida Conrad.

Das Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten bestätigte am 6. Juni 1945 die Bestellung von Franz Sauberer (1899–1959) als provisorischen Leiter der ZAMG, der wenig später wieder der gesamte meteorologische Dienst übertragen wurde. Eine reguläre Verbindung zu den anderen Besatzungszonen gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Erst im September 1945 kehr-

te Heinrich Ficker aus dem Pinzgau nach Wien zurück und übernahm erneut die Leitung der Anstalt.

Die vier Besatzungsmächte hatten großes Interesse am Wiederaufbau des Wetterdienstes. Ab Herbst 1945 konnten die Fernsprech- und Telefonverbindungen wieder hergestellt werden. Während die sowjetische Besatzungsmacht die ZAMG mit dem Wetterdienst in ihrer Zone betraute, arbeiteten in der britischen (Kärnten und Steiermark), US-amerikanischen (Oberösterreich, Salzburg) und französischen Besatzungszone (Tirol, Vorarlberg) die Alliierten zuerst unabhängig von der ZAMG. Sie übergaben der österreichischen Bun-

Wetterbericht kein Geheimnis mehr

Bei den Wetterpropheten auf der Hohen Warte

Zu den Opfern der Nazizeit gehörte auch der Wetterbericht. Es wäre ja furchtbar gewesen und hätte vielleicht gar den Endkrieg gefährdet, wäre der Welt bekanntgeworden, daß es in Hinterindien geregnet hat oder daß für den Sommer Schwermist erwartet wird. So mußten die Forscher unserer Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik auf der Hohen Warte, deren Wirken von allen Fachleuten in der ganzen Welt anerkannt war, ihre Arbeit einstellen. Offensichtlich war ihre Arbeit einseitig. Offensichtlich setzen ihre Tätigkeiten allseitig fort. Die täglichen Meldungen wurden nicht mehr so sorgsam amtlich eingetragene, sondern privat in Notizbüchern und seit Jahrzehnten geführten Tabellen entstanden wären, ausgefüllt werden konnten. Heute ist das Institut vor andere Schwierigkeiten gestellt. Der internationale Wetterdienst funktioniert zwar bereits großartig, aus allen Teilen Europas, aus England, Frankreich, Rußland, Spanien und Norwegen treffen täglich Meldungen ein, aber aus dem Teil Österreichs, der jenseits der Demarkationslinie liegt, bleibt bei uns. Dabei sind gerade diese Meldungen sehr wichtig, da nur noch ihnen eine halbwegs zuverlässige Wettervorhersage für unser Gebiet gemacht werden kann. Da diese Stationen im Betrieb sind oder neu besetzt werden müssen, ist der Zentralanstalt nicht bekannt, sie heißt aber durch das Entgegenkommen der alliierten Behörden, die für ihre Arbeit

das größte Interesse an dem Tag legen, Verbindung mit ihren Außenstationen zu erhalten, so daß in der ersten Oktoberhälfte mit regelmäßigen Wettermeldungen gerechnet werden kann.

Auch die Kriegereignisse sind nicht spurlos an dem Gebäude auf der Hohen Warte vorbeigegangen. Durch einen Artillerietreffer ist die herein die Erdbebenstation zerstört worden. Ferner wurde die Station des Kriegswetterballons zum Opfer. Die Apparaturen sind schwer wiederherzustellen, waren und selbst an dem rigens dafür gebauten Häuschen nur Kupferdraht verwendet werden dürfen, da jedes Eisenstückchen Ungeheuerlichkeiten hervorrufen würde.

So schmerzlich diese Verluste im einzelnen sind, so bilden sie aber doch kein Hindernis für die geforderte Arbeit der Wiener Meteorologen, deren Hauptziel die wissenschaftliche Forschung und Veröffentlichung ist.

Für die Zukunft gibt es hier auf der Hohen Warte noch viel zu leisten. Die ständigen telegraphischen und Sendeleistungen, die heute nur provisorisch durch Senderanlagen ersetzt werden müssen ausgebaut werden. In mühsamer Kleinarbeit werden die beschädigten Fernmeßapparaturen wieder betriebsfähig gemacht — und noch tausend andere Aufgaben sind zu vollbringen, als die Arbeit wieder unter Friedensumständen Verhältnissen vor sich gehen wird.

Zeitungsbericht des Wiener Kuriers, 25. September 1945 (Österreichische Nationalbibliothek)

desregierung den Wetterdienst im August 1946, behielten sich aber dessen Überwachung durch das Direktorium der Luftfahrtabteilungen vor. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik hatte den Bedarf der Alliierten nach Wettermeldungen sicherzustellen und konnte nun wieder als Zentralstelle angesehen werden. In der sowjetischen Besatzungszone in St. Pölten musste sie eine Wetterstation gleich denen in Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck errichten, die mit dem Staatsvertrag wieder abgebaut wurde.

Ein wesentlicher Schritt beim Wiederaufbau der ZAMG war die Rückführung des 1939 nach Berlin gebrachten Archivmaterials. Ein Brand hatte einen Teil der Klimabögen vernichtet und nur das seit 1936 angesammelte Material konnte gerettet werden. Über den Central Collecting Point in München stellte die US-Armee das vom NS-Regime in den besetzten Ländern Europas geraubte meteorologische Material den Herkunftsländern zurück. Mit 67 Kisten war das im Sommer 1947 in Wien eintreffende österreichische Material mit Abstand das umfangreichste. Durch ihren beherzten

Einsatz konnten zwei Mitarbeiter einige der Ende 1944 in Schloss Mittersill eingelagerten geophysikalischen Geräte retten. Eine Askania-Feldwaage für magnetische Messungen konnte etwa nach Wien gebracht werden, nachdem ihre Bestandteile mit Abfallkübeln aus dem unter US-Verwaltung stehenden Schloss geschmuggelt wurden. Den Großteil der Geräte stellte die US-Besatzungsmacht nach langwierigen Verhandlungen mit der Salzburger Landesregierung der ZAMG zurück.

Die Anzahl der Mitarbeiter/innen der ZAMG erfuhr in den Anfangsjahren der Zweiten Republik eine große Steigerung. Zumindest 10 Personen, die während des Krieges in der ZAMG Beschäftigung fanden, waren bis 1947 wieder entlassen und zumindest 27 Mitarbeiter/innen wurden bis dahin neu eingestellt. Mit 49 Mitarbeitenden im Jahr 1949 hatte sich der Personalstand im Vergleich zu 1939 mehr als verdreifacht. Zu den wieder eingestellten Personen zählten ab 1946 auch die ehemaligen Nationalsozialisten Friedrich Lauscher und Erich Trapp (1911–2002). Die ersten Nachkriegsjahre standen ganz im



Vorschläge des kommissarischen Leiters Franz Sauberer zum Wiederaufbau der Zentralanstalt, 2. Juli 1945 (Österreichisches Staatsarchiv)

Die US-Amerikaner hatten nicht nur großes Interesse an einem funktionierenden Wetterdienst in ihrer Besatzungszone, sondern auch an dem Wissensstand der österreichischen Meteorologie. Heinrich Ficker erhielt im einsetzenden Kalten Krieg von US-Amerikanischer Seite das Angebot am Projekt „Paperclip“ teilzunehmen. Bei diesem Geheimprojekt ging es darum, Wissenschaftler/innen, die militärisch anwendbares Wissen hatten, unter Umgehung der Einwanderungsbestimmungen und ungeachtet ihrer NS-Belastung in die USA zu transferieren. Fast 70 Jahre alt, lehnte Heinrich Ficker 1949 den „Paperclip“-Vertrag ab, konnte aber dafür mit der ZAMG 1951 das 100-jährige Jubiläum ihres Bestehens feiern. Im September 1953 emeritierte Ficker als Professor der Universität Wien und wurde als Direktor der ZAMG nach Erreichen der Altersgrenze pensioniert. Die Leitung der ZAMG übernahm der Meteorologe Ferdinand Steinhauser (1905–1991). Dieser führte die ZAMG nach dem Staatsvertrag 1955 in die Unabhängigkeit von den Alliierten. Während in der Ära Ficker in der Zweiten Republik der Wiederaufbau im Zentrum stand, war die Ära Steinhauser durch eine personelle, wissenschaftliche und infrastrukturelle Erweiterung gekennzeichnet, die sich in zahlreichen Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen niederschlug.

Aufruf zum Spenden für den Sonnblickverein, 1949 (United States Information Service, Österreichische Nationalbibliothek)

RETTET



DAS OBSERVATORIUM AUF DEM SONNBLICK

3 1 0 6 m
SEIT 1886 FORSCHUNGSSTÄTTE
FÜR WETTER UND KLIMA
HELFET DEM SONNBLICKVEREIN
WIEN XIX · HOHE WARTE 38 · POSTSPKTO: 28097 ·

LERNEN AUS DER GESCHICHTE?

1848 1849 1851 1918 1919
1919 1920 1921 1930
1931 1932 1933 1934
1935 1936 1937 1938 1939
1940 1941 1942 1943 1944
1945 1946 1947 1948 1949
1950 1951 1952 1953
1954 1955

Die Ausstellung und die ihr zugrunde liegende Forschung beleuchten das Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft. Bezogen auf die Zeit des NS-Regimes bedeutet das konkret: „Diktatur – Behörden – Wissenschaft“. Zur Zeit ihrer Gründung waren GBA und ZAMG weitgehend auf gesellschaftliche Modernisierung und wissenschaftlichen Fortschritt ausgerichtet. Die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen wurde damals eindeutig zugunsten des Vorrangs der rein wissenschaftlichen Forschung entschieden. Die Jahre der NS-Diktatur aber bedeuteten sowohl für die in „Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung“ umbenannte GBA, als auch für die ZAMG eine radikale Unterordnung der Wissenschaft und Forschung unter die Zwecke des Krieges.

Die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Geologie, insbesondere von Rohstoffen, war mit ein Grund für die starke Politisierung der „Zweigstelle Wien“ und der Polarisierung ihres Personals. An der ZAMG hingegen verliefen die Jahre des NS-Regimes trotz verschiedener parteipolitischer Zugehörigkeiten einzelner Mitarbeiter/innen und trotz der Degradierung durch die Ausgliederung des Wetterdienstes nach Berlin ohne größere interne Polarisierung.

Welche Schlüsse können moderne Verwaltungen aus den hier geschilderten historischen Vorgängen ziehen? Diese Frage lässt sich am besten mit dem Hinweis auf die konkreten Handlungsspielräume der

handelnden Personen beantworten. Bereits vor dem „Anschluss“ am 13. März 1938 lieferte eine Gruppe von Leobener Geologen illegal Informationen über Rohstoffvorkommen in Österreich an das Deutsche Reich. Nach dem „Anschluss“ leisteten loyale Anhänger der NS-Diktatur – etwa der Direktor Franz Lotze – ihren Beitrag zur effektiven Umwandlung der „Zweigstelle Wien“ in eine dem Nationalsozialismus kriegsdienliche Forschungsstelle. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass leitende Persönlichkeiten wie Heinrich Ficker an der ZAMG und Heinrich Beck an der „Zweigstelle Wien“ nach 1938 ihre gehobene Stellung dazu benutzten, politisch Verfolgte zu decken und nach Möglichkeit auch vor Entlassung zu bewahren. Für den Fall der GBA kann beigelegt werden, dass der wissenschaftliche Ethos einzelner Wissenschaftler dazu führte, dass bald nach dem Krieg wieder Geodaten im Dienste Österreichs erhoben wurden. In den Worten des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung Heinz Faßmann: „Wir lernen aus diesen persönlichen Geschichten, dass die individuelle Verantwortung der einzelnen Personen wesentlich ist. Heute würden wir sagen, es geht um Menschlichkeit, Mut, Zivilcourage. Institutionen wiederum dürfen niemals aufhören, ihre (eigene) Geschichte zu reflektieren und Erinnerung zu pflegen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung verantwortungsvoller Wissenschaft sowie zur Stärkung der Demokratie in unserem Land.“

Erschienen im Oktober 2018
im Verlag der Geologischen
Bundesanstalt, Wien
ISBN: 978-3-85316-099-2

**Konzept und grafische
Gestaltung:**


Gerhard Hampel
www.lighthouse-connection.at

Helga Charvat
www.charvat.at


Eine Ausstellung von:

Geologische Bundesanstalt
(GBA),
Institut für Zeitgeschichte der
Universität Wien,
Zentralanstalt für Meteorologie
und Geodynamik (ZAMG)

Angeregt und unterstützt von:
Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

 Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

 universität
wien

 Geologische Bundesanstalt



*...bedingung auf dem ...
...Kontinuum ...
...13. ...*

*...Einsparung ...
...auf dem ...
...für ...
...willige ...
...ne ...
...und ...
...tionen, ...
...ung ...
...illigste ...
...auf ...
...Auf ...
...M ...*